ZECK FILM STUDIOS

präsentiert

Ausgabe 163 - Juli/August 2011

DIE ANTWORT AUF DEN HORROR AUS DER INNENBEHÖRDE

GEFAHR IM GEBIET 2

„DER INTERGALAKTISCHE WIDERSTAND SCHLÄGT ZURÜCK “



DEMNÄCHST IM ABENTEUERERLEBNISPARK SCHANZENVIERTEL

ERLEBEN SIE MONUMENTALAUFNAHMEN MIT TAUSENDEN DARSTELLER_INNEN

UND DAS ENDE DES DUNKLEN LORDS VON SCHOLZ UND SEINER SCHERGEN

IN CINEMASCOPE MIT SPEKTAKULÄRER FEUERSHOW

Vorwort

Gleich vorweg: Der Zensus möchte nun auch gerne die Flora mit seine Aktivist_innen erfassen.... wir mussten dann doch Schmunzeln als die erste Aufforderung zur Abgabe unserer Daten eintraf. Mittlerweile haben wir die erste Mahnung erhalten und harren der Dinge, die da an Absurditäten noch folgen werden.
Dazu lässt sich nur sagen: WE'RE NOT GONNA TAKE IT ANYMORE ;)

Ansonsten habt ihr bestimmt alle mitbekommen, dass nach längerer Ruhepause, nun die ZECK wieder Anlass einer Hausdurchsuchung im Buchladen im Schanzenviertel war. Eigentlich hatten wir erwartet es ginge um die damals aktuelle Ausgabe Mai/Juni, die bereits seit 2 Wochen erhältlich war. Umso irritierter waren wir, als bekannt wurde, dass es um die veraltete Ausgabe von März/April ging. Da haben die Mühlen recht erfolglos lange gemahlen ... und nicht alles was lange währt wird dann auch gut, denn beschlagnahmt werden konnten genau 0 Ausgaben!!!
Trotz mühevollen Suchen im ganzen Laden.

Etwas ätzend ist, dass in Hamburg (wie bereits in Berlin) versucht wird, nicht mehr die Autor_innen der kriminalisierten Texte ausfindig zu machen (das war wohl zu erfolglos), sondern das Kollektiv des Buchladens in Verantwortung gezogen werden soll. Allerdings sind die Berliner Verfahren allesamt eingestellt worden und auch wenn Hamburg nachtritt, scheint der Versuch nicht von Erfolg gekrönt zu sein. Nur ärgerlich bleibt es trotzdem. Dazu empfehlen wir Euch die Erklärung des Schanzenbuchladens in dieser Ausgabe.

Diese Ausgabe bietet wieder ein buntes Konglomerat von allem was die letzten zwei Monate geboten war, begonnen beim bewegungsorientierten 1. Mai Wochenende, über den Recht auf Stadt Kongress bis hin zur Erklärung des Wagenplatzes Zomia zur generellen Situation von Wagenplätzen in Hamburg. Das könnt ihr alles dem Inhaltsverzeichnis entnehmen.

Eure gespendete leckere Schokolade mampfend (vielen Dank hierfür) stellten wir mal wieder fest:
Wir brauchen Geld. Zwar erwähnen wir das in jeder Ausgabe, aber manchmal passiert auch was. Nur leider ist das zu wenig. Also, wir liefern euch alle zwei Monate eine Ausgabe der Zeitschrift für umsonst, im Gegenzug wäre es schön, wenn wir nicht ständig die Geld-Aquiese am Hintern hätten. Seht euch da auch mal selbst in der Verantwortung Soli-Veranstaltungen oder Sonstiges zu machen, um das Projekt weiter am Laufen zu halten. Denn auch wenn die Zeck für lau ausliegt verursacht sie Produktionskosten.

So und jetzt hoffen wir, dass statt des Sommerloches ein Aktionshoch seinen Lauf nimmt und sich das in der kommenden Ausgabe widerspiegeln wird. Denkt dran, uns zahlreich Beiträge bis zum 20.8. zuzusenden!

Bis dahin,

die ZECK-Redaktion



Inhalt	**Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Nächste Autonome VV
Thema Schanzenviertelfest
15.07. 20 Uhr
Rote Flora

##################################

Hacke **W**ie **P**rolet
Der HWP-Kneipenabend
jeden Dienstag ab 19 Uhr
Im Cafe Knallhart

##################################

Anti-Repression - Neuerscheinung
Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe mg



Nach drei Jahren Solidaritätsarbeit und der Verurteilung von Axel, Florian und Oliver wegen versuchter Brandstiftung an Bundeswehr-LKW im Berliner mg-Prozess legt das Einstellungsbündnis sein Resümee vor. Die Soli-Gruppe beschreibt unter anderem die verschiedenen Linien und Fallstricke der Soli-Arbeit, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, einen politischen Prozess zu führen und die Wahrnehmung durch die Linke und die Medien. Die Auswertung versteht sich als Handreichung für alle, die sich mit Repression auseinandersetzen, von ihr betroffen sind oder sein könnten.

Edition assemblage
Hafenweg 3, D-48155 Münster
info@edition-assemblage.de

ISBN 978-3-942885-00-3 | edition assemblage | farb. Broschur | April 2011 | 86 Seiten | 4.80 Euro

Anti-G8 Demo
Hamburg 27.05



Am 27.05 demonstrierten rund 300-350 Personen unter dem Motto" Kapitalismus und G8 sind überall" gegen Kapitalismus, insbesondere den G8 Gipfel in Hamburg. Trotz der kurzfristigen Planung und Mobilisierung ist die TeilnehmerInnen Zahl an der Demonstration erschreckend gering, insgesamt betrachten wir die Aktivitäten gegen den G8 Gipfel in der Region Hamburg als nicht zufriedendstellend.

Nach einer Auftaktkundgebung mit einem Grußwort aus Berlin und Redebeiträgen zur Logik der G8 sowie der Antirepressionsgruppe zog die Demo recht lautstark und in langsamen Tempo richtung Knast, dort gab es die erste Zwischenkundgebung mit Beiträgen zum Knästesystem, sowie zur Situation der gefangen Somali, denen derzeit in Hamburg wegen angeblicher Piraterie der Prozess gemacht wird. Es gab Sichtkontakt zu den Gefangenen, welche mit Rufen und Winken auf Sich aufmerksam machten. Am Neuen Pferdemark, mit Sichtkontakt zum PK16(Lerchenwache), fand die zweite Zwischenkundgebung mit Beiträgen zur Repressionen des PK16 sowie zum Zensus statt. Von Seiten der Staatsmacht musste der neue WaWe10000 zur Show getragen werden, welcher vor dem Pk16 einsatzberiet positioniert war.
Weiter gings zur Abschlusskundgebung an der S-Bahn Sternschanze. Hier gab es Beiträge zu sozialen Aufständen Weltweit und einen Beitrag der Gruppe Sand zu aktueller Atompolitik und Atomtransporten durch Hamburg. Nach etwas Musik wurde die Demonstrationen beendet.
Trotz treffsicherer Böller-Würfe auf die Bullen kam es zu keinen Ingewahrsam/ Festnahmen.

hamburgagainstg8.blogsport.de

Krieg beginnt hier!
Stoppen wir ihn hier!
- Internationales Actioncamp im Norden Schwedens!

Vom 22. bis zum 29. Juli findet in LULEÅ, SWEDEN, ein internationalen Aktionscamp statt.

Während wir hier in Deutschland den Bombenabwurfplatz „Bombodrom“ erfolgreich verhindern konnten, finden Nato-Militärübungen bereits in Nordschweden auf Europas größtem Testgelände, dem North European Aerospace Testrange (Neat), statt. Zwischen den Städten Lulea und Kiruna, auf dem Land der indigenen Sami und der Rentiere, bedeckt Neat zirka 24.000 Quadratkilometer. Kampfflugzeuge haben hier die Möglichkeit, 350 Kilometer in eine Richtung zu fliegen. Auch im Sommer 2010 nutzte die US-Luftwaffe das Gebiet für Bombenabwurf-Übungen. 2009 unternahm die Nato Response Force ihr größtes europäisches NATO-Luftmanöver: Lufteinheiten aus Finnland, Italien, Norwegen, Polen, Portugal, Großbritannien, Türkei, Deutschland und den USA nahmen neben Schweden daran teil.

Obwohl Schweden kein Nato-Mitglied ist, werden hier gemeinsame Manöver abgehalten und neue Waffen getestet.
Vedesactie aus Belgien, Trident Ploughshare aus Großbritannien, alternativa antimilitarista aus Spanien sind einige der europäischen Gruppen, die nach Schweden zu diesem internationalen Camp mobilisieren. Von Deutschland aus werden sich ebenfalls einige Leute auf den Weg machen.

Auch wenn das Programm für die Tage noch nicht komplett zusammen gestellt ist, soll in den verschiedenen Workshops und Seminaren am 23. und 24.07. mit Referenten und Referentinnen u.a. aus Chile, Kolumbien, Paraguay, Venezuela, USA, Deutschland, Großbritannien, Schweden, Baskenland/Spanien, Simbabwe, Israel, Südkorea ...unter anderem über: internationale Rüstungsproduktion, Kooperation in der Waffenentwicklung, Verbindungen zwischen Politik und Rüstungsindustrie, mögliche Aktionen des zivilen Ungehorsams informiert und diskutiert werden.

Mehr dazu:
http://warstartshere.com/en

Werde Schwarzmarkt Unterstützer_in!

Der Schwarzmarkt ist ein unkommerzieller, kollektiv betriebener Infoladen in Hamburg, der seit über 30 Jahren besteht. Infoläden verstehen wir als wichtigen Teil linksradikaler Strukturen, um Orte von Gegenöffentlichkeit zu schaffen und einen kontinuierlichen und verlässlichen Informationsfluss und Austausch, auch mit anderen Städten, zu gewährleisten.
Bei uns gibt es diverse Flugblätter, Flyer und Plakate zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen aus Hamburg und Umgebung, sowie zu bundesweiten und internationalen Kampagnen. Ergänzt wird dies durch eine große Palette an Zeitschriften, Zeitungen und Broschüren sowie ausgewählten Büchern und einem kleinem Antiquariat. Doch nicht jede Zeitschrift muss gekauft werden: In unserer Leseecke bieten wir über 50 Zeitschriften als Leseexemplare an, in denen bei Kaffee, Kaltgetränk und manchmal sogar Kuchen gestöbert werden kann. Seit unseren Anfängen archivieren wir den Großteil dessen, was uns an Informationen so erreicht. Ihr findet hier eine große Fülle an Texten und Flugblättern zu diversen Themen und Zeitschriftensammlungen, nicht selten ab der ersten Ausgabe. Darüber hinaus gibt es bei uns: Aufnäher, Aufkleber, T-Shirts, Pullis, Musik, politische Filme, Kaffee, Buttons, Vegan-Krams und vieles mehr. S
Wir bieten zusätzlich Raum, um bei uns politisch zu arbeiten, z.B. am PC, mit dem Kopierer, am Internetterminal oder durch die Bereitstellung von Postfächern für Gruppen und Projekte. Des weiteren gibt es einen Raum nur für FrauenLesbenTrans/Intersexuelle, der für Männer nicht zugänglich ist, welcher zum einen Rückzugsraum ist und zum anderen spezielle Informationen, Themenordner und Literatur zu Sexismus und Patriachat, feministischen Theorien usw. bereithält.
Wir wollen, dass Informationen möglichst weit verbreitet werden. Deshalb könnt ihr euch bei uns Infotische für eure Aktionen zusammenstellen und ausleihen.

Für unsere Eigenständigkeit finden wir es richtig und wichtig, finanziell unabhängig zu sein. Deshalb finanzieren wir uns quasi ausschließlich über Spenden.
Da das alles andere als einfach ist und wir leider chronische Geldsorgen haben, freuen wir uns – neben tatkräftiger Unterstützung – immer auch über finanzielle Hilfe. Um vor allem unsere laufenden Kosten (Miete, Telefon, usw.) decken zu können, sind wir auf regelmäßige Beiträge angewiesen. Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns dabei helft und Schwarmarktunterstützer_innen werdet und einen kleinen Dauerauftrag auf unser Konto (siehe unten) einrichtet. Auch über Partys und Konzerte, deren Erlös ihr uns zur Verfügung stellt, freuen wir uns natürlich!

Öffnungszeiten
Zur Zeit haben wir am Montag und Dienstag von 15.00 Uhr bis 18.30 Uhr, am Mittwoch von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr (jeden 2. und 4. Mittwoch ist FrauenLesben-Trans/Intersexuelle -Tag!) sowie am Freitag von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr und jeden 2. und 4. Samstag von 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet.

Adresse und Kontakt:
Den Schwarzmarkt findet ihr im Schanzenviertel nahe dem U/S-Bhf Sternschanze bzw. U-Bhf Schlump im Kleinen Schäferkamp.



Infoladen Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Tel.: 040-446095
mail: schwarzmarkt@riseup.net ///
www.schwarzmarkt.nadir.org

Kontoverbindung:
Verein zur Förderung der politischen Kommunikatiob E.V.
Ktnr.: 711712204
Blz: 20010020 Postbank

######################################

Juhu! Es gibt ihn wieder... den FLTI*-Tag im Schwarzmarkt!

Wir sind eine Gruppe weiblich sozialisierter Menschen aus antisexistischen Zusammenhängen und wollen im Infoladen Schwarzmarkt einen Raum schaffen für Austausch über den großen Themenbereich Antisexismus, queere Theorien, sexualisierte Gewalt und Feminismus, aber auch Diskriminierung von Intersex** und Transgender***.
Außerdem wollen wir einen festen Treffpunkt jenseits des heterosexistischen Alltags schaffen, mit der Möglichkeit sich zu informieren, zusammenzusitzen und sich auszutauschen.

Es gibt im Schwarzmarkt schon einen separaten Raum für FLTI jedoch glauben wir, dass es nötig ist einen männer-freien Tag zu haben. Dieser soll Frei-, Schutz- und Ruheraum für Menschen sein, die sich nicht als Männer definieren und dadurch von alltäglicher Diskriminierung betroffen sind.
Uns geht es nicht um eine Isolation der Menschen die sich als Männer definieren. Es ist uns sogar besonders wichtig, dass diese sich mit den Themen auseinandersetzen können. Aus diesem Grund wollen wir im auch vorderen Teil des Schwarzmarktes eine Ecke mit Infomaterialien und Büchern Rund um diesen Themenbereich aufbauen. Wir wollen auch den schon bestehenden FLTI Raum neu gestalten und mit aktuellen Informationen und Büchern ausstatten, um auch während der anderen Tage einen ansprechenden Rückzugsraum zu haben.
Je nach Kapazitäten oder aktuellen Anlässen wollen wir themenspezifische Nachmittage, Seminare oder Workshops mit euch erarbeiten.

Ab dem 11. Mai wird jeder zweite und vierte Mittwoch im Monat von 15:00-19:00 für FLTI geöffnet sein. Im Sinne von „Riot! Don´t diet!“ laden wir euch zu veganem Kuchen gegen Spende ein.

Wir wünschen uns einen Ort an dem respektvoll miteinander umgegangen wird, Definitionsmacht akzeptiert und Rassismen, Sexismen und Abelismen**** in unseren Köpfen und in unserem Handeln reflektiert und bekämpft werden!

Wir freuen uns über Anregungen, Kritik, Mitarbeit und euren Besuch!
Kontakt: flitter@riseup.net

*FLTI-Tag = es ist nur für FrauenLesbenTransgenderIntersexuelle an diesem Tag geöffnet. Männlich sozialisierte und sich weiterhin so definierende nutzen einen der anderen Tage!
**Intersex =
***Transgender =
****Abelism = beschreibt das Machtverhältnis zwischen aktuell nicht als behindert geltenden Menschen und denjenigen, die auf Grund einer Einschränkung diskriminiert werden

Durchsuchung im Schanzenbuchladen am 11. Mai 2011



Worum geht's?

Am 11. Mai 2011 wurden wir aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Hamburg durch Beamte des LKA durchsucht. Ziel war es, die Ausgabe Nr. 161 der ZECK zu beschlagnahmen. Aufhänger war laut Beschluss ein Artikel auf Seite 10, der angeblich zu rechtswidrigen Taten aufruft. Dem Beschluss lässt sich entnehmen, dass wegen dieses Artikels ein Verfahren wegen Aufrufes zu Straftaten gegen Unbekannt läuft.
Bei der Durchsuchung konnte die Polizei kein Exemplar der Zeck auffinden und hat auch sonst nichts beschlagnahmt.

„Gesicherte Erkenntnisse"

Die Durchsuchung wird damit gerechtfertigt, dass die polizeilichen Ermittlungen angeblich ergeben haben sollen, dass im Schanzenbuchladen mehrere Ausgaben der ZECK kostenlos zur Mitnahme ausgelegen haben sollen.
Nach Ansicht der Repressionsorgane hat die Ausgabe 161 der ZECK einen derartigen Inhalt, dass angeblich jede vorsätzliche Verbreitung in Kenntnis des Inhaltes den Tatbestand der Aufforderung zu Straftaten erfülle.

Berlin legt vor und Hamburg geht mit

Wer die Ereignisse der letzten Monate in Berlin verfolgt hat, kann sich vorstellen, worauf das Ganze auch in Hamburg unter Umständen hinaus laufen kann. Nach mehreren Razzien in linken Buch- und Infoläden wurde in Berlin versucht, die Geschäftsführer_Innen persönlich für die Inhalte beschlagnahmter Zeitungen haftbar zu machen und somit dem Staat als Kontrollinstanz vor zu schalten. Der erste Prozess wurde unbegründet eingestellt, andere Verfahren befinden sich momentan in der Schwebe. Dieser Einschüchterungsversuch von Seiten der Berliner Staatsanwaltschaft kann also vorerst als gescheitert angesehen werden.

Ob die Staatsanwaltschaft Hamburg einen ähnlichen Weg einschlagen wird, bleibt abzuwarten.
Fest steht: Auch wir lassen uns weder einschüchtern noch kriminalisieren.

Wir haben über unsere Anwältin Britta Eder Beschwerde gegen die Durchsuchung eingelegt.

Das Kollektiv der Buchhandlung im Schanzenviertel
Hamburg, 11. Mai 2011

Erklärung der Roten Flora zur Durchsuchung

Am Vormittag des 11. Mai 2011 wurde der Schanzenbuchladen durch Beamte des Hamburger LKA mit dem Ziel durchsucht, die vorletzte Ausgabe Nr. 161 der ZECK zu beschlagnahmen. Dem liegen ein Beschluss des Amtsgerichts Hamburg zugrunde, weil in der betreffenden Ausgabe zu Straftaten aufgerufen werden sein soll. In einem Beitrag unter dem Titel "We're not gonna take it...anymore" werden konkrete Aktivitäten gegen u.a. Gentrification und der ökonomischen Verwertung des öffentlichen Raumes und zugleich zur Verteidigung linker Projekte vorgeschlagen. Es werden neben Besetzungsaktionen die farbliche Gestaltung von Objekten, Glasbruch, Buttersäureeinsatz und die thermische Entsorgung von geeigneten Fahrzeugen angeregt. Ziele könnten weiterhin Eigentumswohnungsobjekte, Immobilienfirmen, Maklerbüros, Verantwortliche in Politik und Wirtschaft sein.

Selbstverständlich haben weder das Amtsgericht noch das Hamburger LKA erwartet, mit einer Beschlagnahme von ZECK-Exemplaren irgendwelche Hinweise auf die behaupteten Urheber_innen des Artikels zu erhalten. Wir gehen vielmehr davon aus, dass mit der Durchsuchungsaktion nicht nur linke Medien kriminalisiert werden sollen, sondern zusätzlich auch Orte von Gegenöffentlichkeit wie der kollektiv geführte Buchladen im Schanzenviertel angegriffen werden soll.

Dies liegt auf der Linie der Staatsschutzangriffe gegen Berliner Buchhandlungen, die wegen des Vertriebs der INTERIM, PRISMA und der RADIKAL mit Gerichtsverfahren überzogen werden. Ziel soll es hier wie dort sein, staatliches Zensurinteresse unter repressiven Drohungen in politische Strukturen hinein zu tragen.

Diesen staatlichen Versuch, Selbstzensur als Ausdruck eines präventiven Kontrollstaates zu installieren, werden wir nicht hinnehmen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem Schanzenbuchladen. Wir werden auch weiterhin für einen politischen Widerstand eintreten, in dem inhaltliche Diskussionen und praktische Aktionen ohne Scheren im Kopf öffentlich diskutiert werden und ihren Ausdruck in vielfältigen - auch militanten - Interventionen finden.

Gegen staatliche Repression und Zensur!
Für eine vielfältige Widerstandspresse!

Plenum der Roten Flora
11. Mai 2011

DENN DIE STADT GEHÖRT ALLEN!



Gegen die Vertreibung durch Aufwertung und Umstrukturierung in St. Georg und überall!
Gegen die Kontrolle und Verwaltung unser Leben(sräume)!

Was wir dieser Tage sehen, lesen, hören und miterleben geschieht nicht erst seit gestern. Die wachsende Repression und (soziale) Kontrolle, die kontinuierliche Umstrukturierung und Aufwertung der Viertel, von Lebensräumen zu Räumen, in denen Mensch nicht mehr Leben kann, bestimmen das Stadtbild.
In St. Georg ist sie auch nicht mit sanften Schritten aufgetreten. Am Hansaplatz zeigt sie sich kurz vor seiner Vollendung sammt der dramatischen Auswirkungen für all die, die ohne Zweifel als die Verlierer_innen dieses kapitalistischen Systems bezeichnet werden können, die nicht in ihre Verwertungslogik passen. Die Prostitution soll "umgesiedelt" werden, gegen Sexarbeiter_innen wird mit Hilfe von neuen „Anweisungen", durchgesetzt vor der Polizei in Form von Kontrollen sowie Bußgeldern, vorgegangen. Den oft von migrantischen Menschen geführten Läden werden die Verträge nicht verlängert und ein „Konzept" für den Hansaplatz vorgeschrieben, das viele von ihnen finanziell nicht tragen werden können, sie außerdem in diesem garnicht vorsieht.

Da zerbrechen sich die Politik sammt ihrer Geschäftspartner_innen die Köpfe über die Farben der neuen geplanten Sitzganituren und über die künstlerische Bespaßung, während andere um ihre Existenzen kämpfen.

Doch der Hansaplatz ist nicht der einzige Ort in St. Georg (und weitaus nicht in dieser Stadt!) an dem sich die Interessen derer, die uns verwalten und beherrschen zeigen. Investoren_innen kommen mit immer neuen „Projekten" (sagen wir doch lieber Geschäften) die ganz klar nur für die sind, die sich um Geld sicherlich keine Sorgen machen brauchen. Ob neue Luxus-Eigentumswohnungen die am Lohmühlenpark gebaut werden oder das „Alsterquartier" (als Beispiele), es wird klar gezeigt, wer hier gewollt ist und wer nicht.

Seien wir nicht naiv, wen diese Repression heute noch nicht selbst trifft, dem kommt sie schon morgen immer näher. Wenn wir auch zuküftig in St. Georg oder anderen Stadtvierteln leben wollen, müssen wir dafür kämpfen das es Räume für alle, egal welche Herrkunft, egal welche berufliche Tätigkeit oder gesellschaftliche Stellung, bleiben.
Nur selbstbestimmt können wir der immer fortschreitenden Verwaltung und dem Verkauf unserer Leben(sräume) entgegenwirken. Es ist schon lange Zeit und es gibt viel zu tun!

Solidarisieren wir uns miteinander!

Für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, ohne Repression, Kontrolle, ohne jede Autorität und Unterdrückung!

Ein paar Anarchistinnen und Anarchisten

Schön war's: Recht auf Stadt. Der Kongress

Rund 600 Teilnehmende auf über 60 Veranstaltungen
Voll war der Recht-auf-Stadt-Kongress in Hamburg mit rund 600 TeilnehmerInnen, zerstreut über die ganze Stadt und diskussionsfreudig bis in die späte Nacht. Besonders gefreut haben wir uns über die mehr als 20 internationalen Gäste, die über ihre jeweiligen städtischen Kämpfe berichtet haben und auch darüber hinaus gab es rege Reisetätigkeiten zwischen der Hansestadt und z.B. Wien, Zürich, Köln, Frankfurt und Berlin.
Es war ein Mitmachkongress im besten Sinne mit einem kontrollierten Chaos aus Vorher- und Unvorhergesehenem.
Beamer strikt in der Flora - das kriegen wir selber hin.
Nicht genug Platz im Projektor? Dann wird draußen gesessen.
Noch Leute zum Gemüse-Schnibbeln gesucht? Läuft.
Schwedische FahrradfahrerInnen kommen erst nachts an: No Problem!
Dolmetschen auf der Barkassenfahrt? War eh eingeplant.

Tausend Dank an das rödelnde Orgateam, die vielen helfenden Hände und Köpfe, die diesen Kongress ermöglicht haben.
Presseberichte vom Kongress sind im Recht-auf-Stadt-Wiki zu finden. Dort wird ebenfalls zeitnah die Dokumentation des Kongresses erstellt:
wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Kongress_2011/Presse



Erster Prozesstag wegen Juliusstr.-Besetzung

Am Montag, den 20. Juni um 11:30 h, ist im Amtsgericht Altona der erste (Straf)-Prozesstag gegen eine mutmaßliche Besetzerin des Eckhauses Juliusstr./Schulterblatt angesetzt – es liegt ein Strafbefehl über 750 Euro vor. Wir nutzen den Beginn des Prozesses, um die unhaltbaren Zustände auf dem so genannten Wohnungsmarkt in Hamburg, die Unverschämtheit von Vermietern und Spekulanten und die leeren Versprechen des wie auch immer besetzten Senats erneut öffentlich zu machen.

Normalzustand nicht nur in Hamburg: Steigende Mieten, zunehmender Mangel an günstigen Wohnungen, Luxussanierungen und Neubau von immer mehr Eigentumswohnungskomplexen – auf der anderen Seite Leerstand von über 1 Million qm Büroraum, erstaunlicherweise jedoch auch von mehr und mehr Wohnungen.

Vermieter Landschulze zum Beispiel lässt allein im Schanzenviertel in einigen Häusern Wohnungen leer stehen: Susannenstr. 6 vorne sowie hinten A und B, 9A und 43, Beim Grünen Jäger 2, 6 und 16. Ihm gehört auch das seit über vier Jahren fast völlig leer stehende Haus Juliusstr. 40. Hier ist seit langem nur noch eine Wohnung vermietet – da die Mieterin sich beharrlich weigert, auszuziehen.

Auch nach Abschluss der Sanierung im Jahr 2008 änderte sich am Leerstand des Gebäudes nichts – lediglich der Imbiss im Erdgeschoss ist seitdem wieder eingezogen. Im Schneckentempo werden einzelne Fliesen verlegt und sonstige Arbeiten hinausgezögert, um gegenüber dem Bezirksamt den Rücken frei zu haben. Möglicherweise wurde hier auf eine Wertsteigerung nach einer Räumung der Roten Flora spekuliert?

Der Widerstand gegen diese Zustände breitet sich aus: SAGA-Mieter_innen wehren sich gegen Mieterhöhungen, Fette-Mieten-Partys machen Besichtigungen von überteuerten Wohnungen zu unvergesslichen Events. Aber auch der Klassiker Hausbesetzung ist wieder im Kommen, wie z.B. in der Marktstraße, im Erotic Art Museum oder zuletzt im ehemaligen Finanzamt in Altona. Im Vorfeld der Demo gegen Leerstand und Mietenwahnsinn am 23.10.2010 wurde das Gebäude Juliusstr. 40 besetzt.

Die Besetzer_innen erklärten in einem Flugblatt:

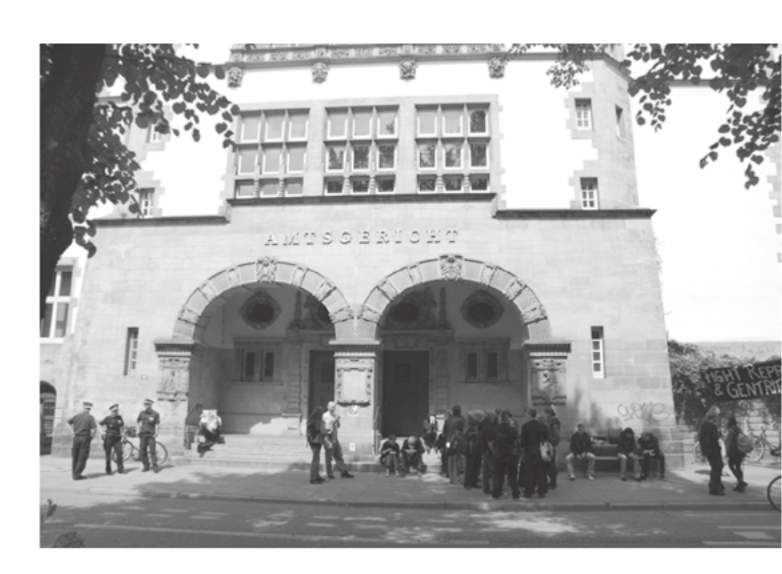
„Wir nehmen uns die Stadt - Wir nehmen uns Häuser!
Privatisierung und Ökonomisierung städtischer Räume, Gentrifizierung und Vertreibung nicht verwertbarer Menschen sind Teil derselben Standortpolitik. Genau deshalb haben wir entschieden, nicht einen vergammelten Altbau, sondern zukünftige Eigentumswohnungen zu besetzen. Nehmt, was euch gefällt! Luxus für alle!“
Das Haus wurde nach einigen Stunden mit massiver Polizeigewalt geräumt. Es kam zu Schlagstock- und Pfefferspray-Einsatz vor der Tür, massiven Sachbeschädigungen durch die Staatsmacht bei dem Versuch, die Tür aufzubrechen und zur Festnahme aller im Haus angetroffenen Personen.
Seit einiger Zeit läuft ein zivilrechtliches Verfahren, in dem die Besetzer_innen die von der Polizei zerstörte Haustür bezahlen sollen. Parallel dazu ist inzwischen der erste (Straf)-Prozesstag gegen eine mutmaßliche Besetzerin terminiert – hier liegt bereits ein Strafbefehl über 750 Euro vor.
Wir nutzen den Beginn der Prozesse, um die unhaltbaren Zustände auf dem so genannten Wohnungsmarkt in Hamburg, die Unverschämtheit von Vermietern und Spekulanten und die leeren Versprechen des wie auch immer besetzten Senats erneut öffentlich zu machen und zu skandalisieren.
Gentrifizierung und Repression gehören zusammen wie Ole und Scholz und sind zwei unverzichtbare Bestandteile kapitalistischer Stadtentwicklung.

Kommt zur Fette-Hausbesetzungs-Prozess-Party! Leerstand zu Wohnraum! Entkriminalisierung von Hausbesetzungen!
Die Stadt gehört allen!

Stand:

Es ist die erste von fünf Anzeigen die im Zusammenhang mit der Besetzung in der Juliusstrasse verhandelt werden soll.
Rund 40 Unterstützer_innen erschienen zum ersten Prozesstag vor dem Amtsgericht in Altona. Unter dem Motto „Kampf der Repression und der Gentrifizierung“ drücken die ihre Solidarität mit der Angeklagten aus.
22 von ihnen dürfen den Prozess begleitet, der Rest muss aufgrund der räumlichen Kapazität des Gerichtssaals vor der Tür warten.
Der Anwalt der Besetzer_in plädierte auf Einstellung des Verfahrens, darauf war die Richterin jedoch nicht vorbereitet – der Prozess geht in die nächste Runde.





Hamburg 1. Mai Wochenende:

Stadt wurde selbst gemacht

Versuch eines zusammenfassenden Berichtes und einer autonomen Einschätzung der Demo am 30. April und des Gefahrengebietes im Schanzenviertel rund um den 1. Mai in Hamburg.

Die Demonstration am 30.04. hat unsere Erwartungen übertroffen. Wir, das sind einige Leute aus dem Umfeld der Roten Flora, die wie viele andere aktiv an der Demo teilgenommen haben. Die Polizei schätzte die Anzahl der Teilnehmenden auf ca. 4000 Menschen, der Lautsprecherwagen sprach später von 6000 Menschen. Wir denken, diese Schätzung liegt vielleicht etwas zu hoch und welche will, nimmt einfach die Mitte mit 5000 Teilnehmer_innen.

Die gegen Gentrifizierung und kapitalistische Stadtentwicklung gerichtete Demonstration wurde überraschenderweise nicht von einem Spalier begleitet. Damit sollte einerseits vermutlich Konfliktpotential herausgenommen und andererseits auf die gesellschaftliche Breite der Demonstration reagiert werden. Wir werten dies als Erfolg des breit angelegten Demonstrationskonzeptes. Tatsächlich war es angenehm, mal ohne mehrreihiges Spalier durch die Stadt zu gehen, und wir glauben, dass dies zum ungewöhnlich entspannten Start der Demo beigetragen hat. Dass dies in Hamburg leider nicht dem Normalfall entspricht, zeigte der nächste Tag, an dem die 18 Uhr Demo mit mehr als 2000 Leuten in einem mehrreihigen Wanderkessel durch menschenleere Straßen geführt, immer wieder aufgestoppt und teilweise angegriffen wurde.

Nervig fanden wir auf der Demo am 30.4. die Böllerwürfe. Es gab wieder mehrere Verletzte in den eigenen Reihen. Wozu Böller an den Straßenrand geworfen werden, wenn noch nicht mal ein Spalier vorhanden ist und dort nur solidarische Menschen unterwegs sind, ist für uns nicht nachvollziehbar. Doch auch wenn Bullen am Rand oder gar in der Demo stehen, ist Bewurf vor allem anderen eine Gefährdung der eigenen Leute. Es gab in diesem Zusammenhang wieder einmal einige sehr unschöne Szenen und wir denken, es gibt an dieser Stelle nachhaltigen Diskussionsbedarf. Auch im Sinne weiterer Proteste und Demonstrationen.

Breit aufgestellt

Zur Demo gegen eine mögliche Räumung der Roten Flora und des Wagenplatzes Zomia wurde nicht nur die eigene autonome Szene erreicht, sondern das gesamte Spektrum stadtentwicklungspolitischer Proteste. Dies drückte sich auch in den Redebeiträgen und den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen aus. Gleichzeitig wurde die Demo angeführt von einem beeindruckenden autonomen Block. Während die Demo vorne sehr lautstark war, nahm dies zur Mitte und zum Ende des Zuges hin stark ab. Auch Ketten wurden dort kaum gebildet, was sich zu einem späteren Zeitpunkt rächte. Die Mischung der Leute war heterogen und das sonnige Wetter tat sein übriges. Insgesamt ist es gelungen, und dies ist vielleicht die wichtigste Erfolgsmeldung dieses Tages, eine Fusion unterschiedlicher Protestspektren herzustellen. Schwarzer Block und Stadtteilinitiativen, Anwohner_innen und radikale Linke überschnitten sich in ihren Forderungen und einer Widerstandsperspektive um ein Recht auf Stadt. Damit ist die Bewegung zur Verteidigung der Roten Flora gut aufgestellt, eine noch breitere Protestwelle kündigt sich möglicherweise an. Die Demo am 30.4. war weder der Anfang noch das Ende der Kampagne "Flora bleibt unverträglich". Sie kann eine Steilvorlage sein für weitere Demos und Aktionen, die die Frage, um was es bei einer Räumung der Flora geht, nämlich den Begriff von Stadt und Gesellschaft, aufgreifen und weiter verbreitern.

Stadt selbst machen

Ein Häuserblock mit vielleicht 20 Pappfiguren thematisierte verschiedene Projekte und Konflikte um Leerstand und Recht auf Stadt. Mehrere Menschen begleiteten die Demonstration als überdimensionale Kameras verkleidet und beobachteten unaufdringlich aufdringlich das Geschehen. Ein Wasserturm, eine Rote Flora, ein Frappant und viele andere Häuser starteten an der Spitze der Demo, um in der Schanzenstraße den autonomen Block nach vorne zu lassen und sich am Rand und weiter hinten wieder einzureihen. Initiativen haben gegen die Umgestaltung des Real-Geländes demonstriert, und Mieter_innen der Esso Häuser auf St. Pauli gegen ihre Vertreibung. Menschen aus St. Georg kritisierten die dortige Verdrängung von Drogenszene und Straßenprostitution durch die neue Sperrgebietsverordnung, NO BNQ machte aus der Demo eine Konfettiparade.

An anderer Stelle der Bernhard-Nocht-Straße wurde der zu großen Teilen leerstehende Astraturm und das Riverside Hotel umgestaltet und ein Bundeswehrfahrzeug dem Kriegseinsatz entzogen. Die Forderung nach Enteignung von Privateigentum wurde spontan aufgegriffen und in einem Lidl Markt kurzerhand die Selbstbedienung eingeführt, um die Demonstration mit Getränken zu versorgen. In Altona wurde in einem Akt des zivilen Ungehorsams, das Motto der Demo "Stadt selbst machen" aufgegriffen und der Holzplattenzaun der Ikea-Baustelle von vielen Leuten aus dem mittleren Bereich der Demonstration im Vorbeigehen demontiert.

Der Polizeiangriff auf die Demonstration

Die Polizei reagierte hierauf mit einem unserer Ansicht nach absolut unverhältnismäßigen, gewalttätigen Einsatz, der die Situation massiv eskalierte. Ein Trupp Polizeibeamter stürmte von vorne am Zaun entlang durch die Demo und Menschenmenge und stieß dabei auf den mehr als berechtigten Widerstand von zahlreichen Demonstrationsteilnehmer_innen. Nur der Ruhe und Besonnenheit der Beteiligten der Demonstration ist zu verdanken, dass es durch den polizeilichen Einsatz an dieser engen Stelle keine Panik mit vielen Verletzten gab.

Wir sind uns etwas unsicher, ob an dieser Stelle die Demonstration nicht zu früh beendet wurde. Besser als ein überstürztes Ende wäre möglicherweise der Aufruf gewesen Ketten zu bilden und stehen zu bleiben, um die Bullen aus der Demo zu halten und dann langsam, aber selbstbewusst zum Platz der Abschlusskundgebung durchzurücken, um dort noch einen gemeinsamen Abschluss durchzusetzen mit Beiträgen zur Verdrängung in Altona.

Um die Auflösung herum wussten die Leute im hinteren Bereich nicht, was in der Mitte los war. Dort war zeitweise ein Kessel entstanden, der aber nicht gehalten wurde, während vorne ein Mob aus mehreren hundert Leuten in den Seitenstraßen aufgrund der sich verstärkenden Polizeiangriffe und Wasserwerfereinsätze militante

Auseinandersetzungen mit der Polizei begann. Dieser zog sich begleitet von Sachbeschädigungen und kleineren Barrikaden in Richtung Altona-Altstadt und Ottensen zurück. In Folge der Auflösung wurden vier Fahrzeuge der Polizei demoliert.

Dieses Ergebnis des Polizeieinsatzes spricht für sich. Aus dieser Perspektive war die Auflösung wahrscheinlich die richtige Entscheidung. Wir denken, es ist durchaus zum Ausdruck gekommen, welche Protestdynamik polizeiliche Angriffe auf Demonstrationen entwickeln können. Der für unseren Geschmack leider eher zu leise Lautsprecherwagen ließ weitere Durchsagen im allgemeinen Schlachtengetümmel ohnehin etwas hoffnungslos und mehr symbolischer Natur erscheinen. In Zusammenhang der Auflösung gab es leider mehrere Verletzte und nach unserem Stand auch vorläufige Festnahmen.

Erfolgsmeldungen der Innenbehörde

Während die Situation im Schanzenviertel weitgehend unter Kontrolle der Polizei blieb und dort nur kleinere Auseinandersetzungen begleitet von sofortigen Wasserwerfereinsätzen stattfanden, knallte es an vielen Orten um das Gefahrengebiet herum. Im Anschluss verbuchte die Polizeipresse den Tag, für uns eher überraschend, als Erfolg des polizeilichen Einsatzkonzeptes. Wir lassen sie gerne in ihrem Glauben und stellen fest:
Noch mehr solche polizeilichen Erfolge und die erste Million wird vermutlich bald voll sein.

Politisch im Vordergrund steht offenbar das bemühte Interesse des neuen SPD-Senates, Normalität und Kompetenz im Bereich der inneren Sicherheit zu demonstrieren (dies folgt der bisherigen politischen Linie im Umgang mit der Roten Flora und der Weigerung das Gebäude vom Markt zu nehmen). In der Realität konnte die Einrichtung eines Gefahrengebietes im Schanzenviertel politische Sachbeschädigungen im Stadtgebiet nicht verhindern.
Eine unvollständige Auflistung im Folgenden soll dies aufzeigen. Das Gefahrengebiet lief sicherheitstechnisch auf die Gesamtlage bezogen daher eher ins Leere, ist juristisch aber dennoch ein echter Skandal und stellte im der Schanzenviertel einen polizeilichen Belagerungszustand her.

Unvollständige Liste der Ereignisse rund ums Gefahrengebiet
ALTONA
- Große Bergstraße - Ikea Bauzaun demontiert, Leute auf der Baustelle



- Nach der Demoauflösung rund um die Große Bergstraße 4 Polizeifahrzeuge durch Steinbewurf entglast, brennende Müllcontainer, allgemeine Verwüstungen, kleinere Barrikaden und Auseinandersetzungen mit der Polizei in den Seitenstraßen.
- Max Brauer
brennende Gegenstände auf der Straße
- Chemnitzstraße
Altpapiercontainer brennen
- Ottensen Maklerbüro Glasbruch
- Ottensen Mercado Glasbruch
- Große Elbstraße Glasbruch
bei einem Lokal

ST. PAULI
- Astraturm Farbe und Glasbruch
- Bernhard-Nocht-Straße:
Bundeseswehrfahrzeug abgefackelt
- Reeperbahn Lidl:
Selbstbedienung, alles für alle und zwar umsonst
- Balduinstraße Glasbruch
- Riverkassematten Glasbruch und Kneipe von ca. 100 Leuten gestürmt. Inventar und mehrere Nobelkarossen von Gästen auf dem Parkplatz beschädigt. Ein Türsteher wurde beim Betreten des Lokals umgeschubst, um sich Zutritt zu verschaffen.

EIMSBÜTTEL
- Osterstraße Telefongeschäft Glasbruch
- Osterstraße Bei 3 Banken Glasbruch
- Bezirksamt Eimsbüttel
35 Scheiben eingeworfen

Erwähnt sei noch Farbgläserwürfe in der Nacht zu Montag auf den Carport und das Auto von Hamburgs Stadtentwicklungssenatorin Jutta "Es gibt in Hamburg keine Wohnungsnot" Blankau. Mit Farbe gefüllte Gläser flogen in die Scheiben des Volkswagens, Reifen wurden zerstochen. Zwei Autos brannten laut TAZ und Mopo im gleichem Zusammenhang bei einem Immobilienbesitzer in Hamburg-Marienthal, der ein leerstehendes Haus in der Juliusstraße neben der roten Flora besitzt, welches vor kurzem besetzt und geräumt wurde. Bereits im Vorfeld der Demo krachte es beim Bezirksamt Mitte, welches für die Räumung von Zomia zuständig ist und zwei Anhänger der Hamburger Reiterstaffel der Polizei gingen nach Berichten der Presse im Rahmen eines verspäteten Osterfeuers außer Dienst.

Gefahrengebiet Schanzenviertel

Im Schanzenviertel gab es Samstagabend kleinere Scharmützel mit der Polizei und Wasserwerfereinsätze gegen Schaulustige. Sonntagabend glich die Schanze einer Geisterstadt. Das Viertel war zeitweise hermetisch abgeriegelt. Der komplette Straßenverkehr wurde an beiden Tagen still gelegt. Einige Anwohner_innen wurden mittels Platzverweis in ihre Wohnungen eingesperrt. Am Sonntag stellte sich das bis auf ein Großaufgebot der Polizei leere Straßenbild als Ausnahmezustand dar. Es gab zahlreiche rassistisch motivierte Platzverweise gegen Jugendliche mit Migrationshintergrund, unzählige weitere Personenkontrollen und Platzverweise. Eine größere Gruppe Jugendlicher wurde, noch während die 18 Uhr Demo in der Max-Brauer-Straße unterwegs war, vor der Flora eingekesselt und per HVV-Bus in Gewahrsam genommen.
Diese Zustände waren und sind untragbar! Zukünftige Gefahrengebiete und hermetische Abriegelungen des Stadtteils werden nach diesem Auftritt sicher nicht mehr widerstandslos hingenommen. Die Aushebelung bürgerrechtlicher Mindeststandards im Schanzenviertel bei Demonstrationen und Straßenfesten darf nicht zum Modellfall einer totalitären Sicherheitsarchitektur werden.
Ein Anwohner berichtet auf einem stadtpolitischen Blog: "Viele Stadtteilbewohner

mussten ihr Auto nach dem Samstagausflug außerhalb der „Gefahrenzone“ abparken und zu Fuß nach hause. Wir trafen auch Niendorfer, die orientierungslos den Kiez suchten, weil sich noch nicht einmal ein Taxi am Schlump finden ließ. Viele große „Tanz in den Mai“ – Partys im Stadtteil wurden wegen „nicht erreichbar“ schlicht kurzfristig abgesagt. Getränkelieferanten wurden auch nicht durchgelassen…usw. In der Bernstorffstraße und selbst auf der Schanze fiel der übliche Wochenend – Trubel jedenfalls aus. Es war eher wie an einem Sonn-



tagabend. Hinzu kam, dass an jeder Ecke (bei uns im 100m – Abstand) Polizei mit ca. 15 Leuten / 2 Wannen stand – gespenstisch. Und die Polizei hatte wohl auch das bekommen, was eigentliches Ziel der Gefahrenzone gewesen sein dürfte: Sie waren mit den meist jugendlichen Protestlern mehr oder weniger alleine auf der Straße. Statt unübersichtlicher Lage mit kaum voneinander zu unterscheidenden Partygängern und linken Aktionsgruppen. Auch keineswegs linke AnwohnerInnen haben diese Komplettabsperrung als vollkommen unangemessen empfunden. Erstaunlich, dass in den Medien online dazu nichts kommt. Und man fragt sich natürlich auch: Wird jetzt der Stadtteil bei jeder Demo / Schanzenfest derart abgeriegelt, dass die meisten nicht mehr reinkommen? Ist das das neue Einsatzkonzept aus der nunmehr SPD – geführten Innenbehörde? Wird die Stadt dann jetzt demnächst immer verboten / abgeriegelt, während wir für „Recht auf Stadt“ demonstrieren?"

Polizeipresse und Repression

Laut Polizeibericht wurden in der Walpurgisnacht 11 Polizisten leicht verletzt. Die Polizei nahm 17 Personen vorläufig fest, 50 wurden in Gewahrsam genommen. Gegen etwa 300 Personen, insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, wurden Aufenthaltsverbote für den Bereich des Gefahrengebietes ausgesprochen. Der Stadtteil wurde teilweise komplett gesperrt und abgeriegelt. In mindestens einem Fall versuchte die Polizei laut Ermittlungsausschuss eine_r_m Betroffenen bei der Entlassung belastendes Material unterzuschieben (nach Benzin stinkende Handschuhe, die der_die_jenige noch nie gesehen hatte). Erst nach vehementem Protest behielt die Polizei ihr Material.

Am darauf folgenden 1. Mai kam es laut Medienberichten zu weiteren 42 vorläufigen Fest- und 28 Gewahrsamnahmen. Zu kleineren Auseinandersetzungen bei denen die Polizei sehr gewaltsam agierte kam es vor allem nach Auflösung der Demo rund um den Sternschanzenpark. Darüber hinaus wurden laut Polizei weitere 160 Aufenthaltsverbote rund um das Schanzenviertel ausgesprochen.
Der Ermittlungsausschuss Hamburg berichtet in diesem Zusammenhang: "Eine ältere Person wurde von Polizei bei der Festnahme am Boden liegend getreten, die im übrigen nur erfolgte, da er_sie keinen Ausweis dabei hatte. Eine_r_m Aktivist_in wurden 3 Zähne ausgeschlagen. Generell war das Auftreten der Polizei sehr aggressiv und ging gar nicht. In einer Messehalle hatte die Polizei aus Bayern eine Art „Privat-Knast“ errichtet und Gefangene dort eingeknastet. Diese wurden später in eine reguläre Hamburger Wache gefahren. Auf den Wachen wurden den Betroffenen ihr Recht zu telefonieren verweigert und auch der Kontakt zu Anwält_innen verwehrt. Dabei wurde gezielt von der Polizei gelogen. Insgesamt fand hier eine extreme Verzögerungstaktik statt, die letzten Leute wurden erst um 6 Uhr morgens entlassen".
Den 7 Leuten die auf dem Heimweg von der Polizei abgegriffen wurden und denen offenbar eine versuchte Autobrandstiftung vorgeworfen wird, weil angeblich ein paar Böller und Grillanzünder aufgefunden wurden, raten wir, wie allen anderen, die Aussage zu verweigern und sich an den Hamburger Ermittlungsausschuss zu wenden. Entgegen der nicht gerade subtil entflammten Begeisterung der Medien sehen wir in diesen Vorwürfen weder einen versuchten noch einen realen Autobrandstiftungsprozess, sondern lediglich heiße Luft und ein Beispiel dafür, wie Ermittlungsdruck aus rein gar nichts, eine Kriminalisierung und öffentliche Vorverurteilung konstruiert.



Unser Fazit

Die Demo war super, das Gefahrengebiet rund um den 1. Mai eine Riesenscheiße, die aber ihren Zweck zum Teil verfehlte. Gewaltsam herbeigeführte Auflösungen von Demonstrationen gehen ebenso wenig widerspruchsfrei über die Bühne wie ein möglicher Angriff auf die Unverträglichkeit der Roten Flora.
Mensch darf gespannt sein, wie sich die Kämpfe um Rote Flora, Zomia, Recht auf Stadt und gegen die neue Mitte Altona weiterentwickeln. Die Demo hat Lust gemacht auf mehr. Auf die Proteste von Mieter_innen ebenso wie auf Hausbesetzungen oder den Widerstand gegen Großprojekte und Gentrifizierung. Sie hat deutlich gemacht, wir sind stadtentwicklungspolitisch keineswegs in der Defensive, sondern blikken nach vorne und sind im Protest ein Bild aus der Zukunft.
Gegen die repressive Praxis der Gefahrengebiete gilt es, sich solidarisch und praktisch aufzustellen. Bereiche der inneren Stadt, die für Jugendliche aufgrund ihres Alters oder Migrationshintergrundes tabu sind, darf es nicht geben und dürfen nicht als Normalität durchgehen.
Unsere Solidarität gilt allen, die ein Verfahren an den Hals bekommen haben oder verletzt wurden und damit nicht alleine stehen sollen. Die Freude über die erfolgreiche Demonstration am 30. April soll nicht verbergen, dass dort, wo wir uns bewegen, immer auch Repression ist und jedes Verfahren eines zu viel ist.
Wir bedanken uns bei allen, die aus anderen Städten angereist sind und die Verteidigung der Roten Flora unterstützt haben. Wir hoffen, ihr hattet Spaß und dass wir viele von euch auf zukünftigen Demonstrationen für die Vervielfältigung autonomer Projekte wieder treffen. "Hamburg unsicher machen" war das Motto der Mobilisierung gegen die Innenministerkonferenz von letztem Jahr. Das selbe gilt nun für Frankfurt und natürlich auch den Rest des schwarzrotgoldenen Scheißhaufens!

In diesem Sinne: Lasst euch nie erwischen, Flora bleibt unverträglich!

Einige von der Straße

Hamburgs Umgang mit Wagenplätzen: „dahinter steht eine Haltung ...“

In einem völlig intransparenten, unpartizipativen Prozess hat die regierende Parteipolik entschieden, dass Markus Schreiber weiterhin seine bereits jahrzehntelang gährende persönliche Abneigung gegen Wagenplätze in seiner Position als Bezirksamtsleiter Mitte ausleben darf. In Hinterzimmergesprächen trotzte er Überzeugungsversuchen der BSU (“keine Bedenken”) sowie Vermittlungsversuchen von Mitgliedern seiner eigenen Partei. Markus Schreiber blockiert bereits seit 1993 Veränderungsprozesse durch sein Machtposition und will munter Wagenplätze räumen („Bambule hab ich auch schon geräumt“). Zomia wurde immer wieder zum Stillhalten angehalten, damit nur Markus Schreiber “sein Gesicht nicht verliert”. “Rauf und Runter” könne man Wagenplätze im Bezirk Mitte diskutieren: Nix zu machen, war dann jetzt die Ansage im Auschuss der Bürgerschaft : “Dahinter steht einfach eine Haltung”. Gründe dafür gibt es nicht. Pech gehabt. Das Hamburger Wagengesetz soll auch bitteschön bloss nicht geändert werden.

Was ist das für eine Haltung?

Wagenplätze in Hamburg werden bislang illegalisiert, kriminalisiert, als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung diffamiert, zuletzt während Schillzeiten geräumt und des Landes verwiesen. Auch wenn es jetzt heißt "grundsätzlich hätte ja niemand was gegen Wagenplätze" scheint diese Haltung von Vertreibung und Zerstörung von Wagenplätzen in Hamburg fortgeführt zu werden. Die fünf Wagenplätze in Hamburg würde niemand mehr in Frage stellen, sagte die SPD gerade in einer Bürgerschaftssitzung. Kurz danach wurde das seit einem Jahr in der Planung befindliche Bauvorhaben „Hebebrandquartier“ öffentlich, das unter anderem den Wagenplatz Borribles einfach überplant. Die Wagengruppe Zomia befindet sich seit über einem halben Jahr in der Auseinandersetzung um einen Verbleib in Hamburg und die Verhinderung der immer wieder akuten Räumungsandrohungen. Ende Mai dann ein „Angebot“: Als fertige Lösung wurde die Verbringung nach Jenfeld auf das Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne präsentiert: Dort ist in zwei Jahren der Baubeginn des bislang millionenschwer geförderten Bauprojekts “Jenfelder Au” mit “770 familienfreundlichen Wohneinheiten”. Bis dahin: Infrastrukturlegung, Kampfmittelräumung etc. Wird hier ähnlich wie beim Wagenplatz Wendebecken 2004 eine Grund für eine “realpolitisch unabdingbare” Räumung vorgeplant? Auf der Fläche des Wagenplatzes Zomia ist in absehbarer Zeit kein Bauvorhaben geplant. Was sollte der Grund sein umzuziehen? Es gibt keinen, es wäre eine absolut blödsinnige Verschlechterung.

Die Haltung gegen Wagenleben in Hamburg wird verschleiert und zumeist nicht explizit ausgesprochen:

1. In einer Stadt wie Hamburg wird jede Fläche in irgendeiner Form genutzt. Sei es von einzelnen Menschen oder vom städtischen Grün oder als eventuelle Vorhalteflächen für Verkehrsprojekte. Während aber Elbphilharmonien, eine Hafencity, eine internationale Gartenschau, eine internationale Bauausstellung oder tanzende Türme als scheinbare Leuchttürme im internationalen Standortgerangel von oben durchgesetzt werden, soll es keinen Platz für Wagenplätze geben. Während in Hamburg krasser Leerstand an Büroflächen herrscht, die City Nord in ihrer gähnenden Leere längst vergessen scheint, müssen scheinbar dringend Wohnhäuser überall auf allen (!) Flächen die in Frage kommen neu gebaut werden - dagegen könne doch keine_r was sagen, oder? Bezahlbares Wohnen und Wagenplätze sind aber keine Widersprüche oder Gegner_innen. Mit dem Argument, es könnte leider leider keine Fläche gefunden werden, kann ein Wagenplatz aus Hamburg vertrieben werden ohne die Haltung explizit zu machen.

2. Das ätzende Herumschieben von Verantwortung zwischen Bezirk und Bürgerschaft, zwischen Parteien und Behörden, Markus Schreiber und seiner Partei ist Programm. Wenn die SPD im Bezirk sagt, sie wolle in der Bezirksversammlung nichts machen solange nicht der Stadtentwicklungsausschuss entschieden hätte und dann Menschen der selben Partei in genau jenem Ausschuss sagen, man könnte nix machen, da der Bezirk zuständig ist dann.. ist das nur ein Beispiel von unnötigen Spielchen von denen keine_r von uns den Akteuren abnimmt, dass sie selber daran glauben. Aber Zomia wird versucht dies immer wieder weiszumachen. Das Spielchen wird gespielt vor dem Hintergrund einer seit 30.4.2011 gültigen Räumungsanordung, der ständigen Drohung diese umzusetzen und bloss aufzupassen und bloss nicht des Herren Schreibers Gesichtsverlust zu befördern. Markus Schreibers Gesicht(sverlust) ist kein Umzugsgrund! Mit diesem „ich finde die Räumungsanordnung persönlich doof, aber leider sind mir die Hände gebunden“ kann die Haltung gegen Wagenplätze bequem nicht explizit gemacht werden. - Und das Erreichen von Wagenplätzen kann möglichen Nachahmenden durch den übelst langen Prozess unter Räumungsanordnungsbedingungen möglichst unattraktiv gemacht werden...

3. Blöde Argumente werden vorgebracht, solange es irgend geht, bis das
Gegenteil erwiesen ist und dann wird das nächste konstruiert und vorgeschoben:

Sind es nicht die Flächen, ist es das Wagengesetz, dass den Bezirken die Möglichkeit gibt, Wagenplätze sogar auf privaten Flächen zu verhindern (Anm.: sie könnten sie zwar auch genehmigen...aber leider...). Industrieflächen, für die für jeden Scheiss Umwidmungen und Sondernutzungen möglich sind, werden beim Schlagwort „Wagenplatz“ auf einmal für die Ewigkeit unantastbar. Briefe von einzelnen Menschen die angeblich die Meinung von ganzen Stadtteilen wiedergeben werden nach völligem Gutdünken als „Partizipation“ genutzt oder auch nicht. Während sich gegen andere Projekt der Stadt ganze Bürger_inneninitiativen formiert haben, ohne das es irgendwie störend sei, frei nach dem Motto: irgendwen stört's immer. Wahlweise wird auch die sozialpolitische Katastrophe direkt mit Wagenleben liiert, verunglimpft und als selbstverständlich durch Ausgrezung zu beseitigen deklariert. Dies in der Bürgerschaftsdebatte um das Wagengesetz geschehen. Drogen, Alkohol, Kriminalität, Abstieg, Ratten und Substandard-Ängste. Was macht es für einen Sinn so etwas zu konstruieren? Wir finden Wagenleben soll gefälligst unabhängig von Lebensstil, Alkoholkonsumshöhe, Einkommen, Führungszeugnis, Bildungsniveau, Hamburger Geburtsrecht usw. möglich sein, für Menschen die das einfach wollen. Eine (!) Meinung von einer kleinen Gruppe a.k.a. „Wir Wilhelmsburger“, verweigert Zomia als „Neu-Wilhelmsburgern“ das Daseinsrecht mittels „Westernreiter nehmen Indianern ihr Land weg“-Metaphern. Dies wird von Schreibers Amt dankbar als „stellvertretend für die Meinung im Stadtteil“ be-

stimmt. Der Gipfel sind krasse rassistische Äußerungen wie "Zigeuner" in einem Bezirksgremium. Was soll das? Dies ist nicht nur sachlich unterirdisch sondern dient alles dazu eine Haltung zu verbergen und ist so platt und durchschaubar , dass es mensch manchmal die Sprache verschlägt. Aber das es dennoch funktioniert, scheint was mit Macht zu tun zu haben....

Diese Haltung macht wütend. Und mensch denkt tatsächlich darüber nach was Markus Schreiber sagte, als Zomia gegenüber ihre Situation schilderte und dabei Beispiele von einvernehmlichen Lösungen in Berlin nannte: "Viel Spaß in Berlin!" . Wagenplatzräumungen aufgrund dieser Haltung? Wagenplatzräumungen ohne irgendwelche Sachargumente jenseits dieser Haltung? Wagenplatzräumung wegen Markus Schreibers Gesicht(sverlust) und Parteipolitischen Strategiespielchen? Umzüge auf irgendwelche Baustellen mit Baubeginn gleich morgen? Wagenplatzräumungen als Ausdruck von städtischer Vertreibungspolitik und einseitiger kapitalistischer Stadtentwicklung von oben?

Wir glauben nicht.

Räumt euch doch selber, wir haben noch was besseres vor ... Ja!
Wer eine lebendige Stadt will muss sie auch aushalten.
Zomia bleibt wo es ist.

Keine Toleranz für die Polizei!

Solidarität mit den Betroffenen von staatlicher Repression und den antiautoritären Kämpfen in Kopenhagen



Seit Ende 2010 gab es in Kopenhagen (Dänemark) mehrere Angriffe gegen Staat und Kapital. Auch vor dem befriedeten Dänemark macht der Unmut der Menschen und die soziale Revolte keinen Halt. Ende letzten Jahres brannten 13 Polizei-Wagen auf dem Parkplatz vor einer Wache ab außerdem wurde das Foyer beschädigt. Dieses Jahr gab es schon mehrere Angriffe auf Polizeigebäude und Fahrzeuge sowie Banken.

Am Montag den 25. April verhafteten der dänische Geheimdienst und die Polizei 4 Menschen aus der Autonomen Bewegung nahe der kopenhagener Polizei Akademie. Sie sollen versucht haben das Gebäude nieder zu brennen. Es folgten Durchsuchungen mehrerer Wohnungen sowie Räumen in Christiania. Am 19. Mai wurde dann eine weitere Person festgenommen, die beschuldigt wird an einem Angriff auf eine weitere Polizeieinrichtung sowie Fahrzeuge und den versuchten Anschlag auf die Nordea-Bank Zentrale beteiligt gewesen zu sein, der auch den anderen vier vorgeworfen wird. Eine weitere Person wurde kurze Zeit festgenommen aber wieder aus der Haft entlassen.
Die Inhaftierten sind mit schweren Anklagen konfrontiert die zu hohen Haftstrafen führen können.

Für revolutionäre Solidarität!
Ob die Angeklagten mit den Anschuldigungen in Verbindung stehen ist für uns irrelevant. Wir teilen Ideen mit ihnen. Ideen von einem Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Staat, Kapitalismus und jede Autorität. Angriffe gegen dieses System und seine systematische Gewalt sehen wir als notwendigen Schritt der soziale Revolte. Schritt füt Schritt Richtung Freiheit für Alle!
In Kopenhagen gab es bereits am 20. Mai eine Solidaritäts Demo mit den Gefangenen am Vestre Knast in dem sie inhaftiert sind. Auch am „Anti-parlamentarischen 1. Mai" gab es Solidaritäts-Aktivitäten. Es gibt eine Solidaritätsinitiative die sich um benötigtes Geld und alles andere was in einer solchen Situation benötigt wird, kümmert. Über sie können den Gefangenen Grüße und Briefe geschickt werden. Die Adresse ist: solidaritetshilsner@gmail.com
Aber denkt daran, schreibt nichts was die Angeklagten belasten könnte.

Reine infarstrukturelle Unterstützung reicht aber nicht! Unterstützen wir unsere angeklagten Mitstreiter_innen mit Aktionen und führen wir die Kämpfe gegen die Verhältnisse und für die Freiheit fort.

Kein Gitter, kein Zaun, keine Grenze, keine Uniform und Waffe kann unsere Ideen von einem Leben in Freiheit aufhalten!

Solidarität mit den Gefangenen und Angeklagten in Kopenhagen!

Freiheit für Alle!

solidarische Anarchisten_innen

IMK in Frankfurt



Am Abend des 22. Juni fand in Frankfurt am Main eine Demonstration mit knapp 2000 Menschen gegen die Innenministerkonferenz statt, die dort am 21. und 22. Juni abgehalten wurde. Um aufzuzeigen, dass es bei der Politik der Innenministerkonferenz um falsche Lösungen für soziale Fragen geht, wurden unter dem Motto „Wir kommen um zu stören! IMK auflösen" Aspekte der dort verhandelten Themen aufgegriffen. Etwa die Überwachung des öffentlichen und immer mehr auch privaten Raums oder die Politik der Integration, die im Umkehrschluss immer auch Ausgrenzung bedeutet.

Pressesprecher Stefan Schwarz zu diesem Protest: „Die Demonstration gegen die Innenministerkonferenz war ein voller Erfolg. Trotz Werktags über 2000 Leute mobilisiert zu haben, ist ein gutes Zeichen für linken Protest in Frankfurt."

Schwarz weiterhin: „Zusammen mit dem Bündnis „IMK auflösen" mobilisierten das „sozialrevolutionäre & antinationale Krisenbündnis", das „internationalistische Bündnis" und das bundesweite „...ums Ganze!"- Bündnis ein breites linkes und linksradikales Spektrum nach Frankfurt. Dass dazu noch viele andere Gruppen und die Prostituiertenselbsthilfe Dona Carmen den Aufruf unterstützten, zeigt die Vielfalt der beteiligten Gruppen und das breite Engagement gegen die Innenministerkonferenz und ihre Politik."

Nach einer Demonstration am Flughafen mit etwa 500 TeilnehmerInnen am Montag und der Kundgebung „Fluchtwege öffnen – Transitflüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen!" am Dienstag war die Demonstration der dritte Teil der Aktionen gegen die IMK in Frankfurt. (...)

Das folgende Abschlussfest auf dem Campus endete mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von DemonstrantInnen und der Polizei, wobei es zu mindestens vier Festnahmen kam. Schwarz dazu, auch mit Blick auf den Vorfall in einem Job-Center im Mai in Frankfurt, als eine Beamtin des oben erwähnte 4. Reviers eine „Kundin" des „Job-Center" erschoss: „Die Empörung über die Verhältnisse, die dazu führten, dass eine Frau vor lauter Verzweiflung mit einem Messer ins Job-Center ging, um ihre Abschlagszahlung zu fordern – und dort erschossen wurde – ist berechtigt. Auch wenn sie sich gegen die Polizei richtet. Denn die Polizei ist es schließlich, die immer wieder die autoritären Lösungen des Staats für soziale Konflikte in die Praxis umsetzt. Das zeigt sich an vielen verschiedenen Beispielen. Dabei geht es gar nicht um die einzelnen PolizistInnen – die können sich für die Unannehmlichkeiten am Mittwochabend bei ihrem Vorgesetzten, dem hessischen Innenminister Boris Rhein, bedanken und sollten sich mal Gedanken über ihre Funktion in der Gesellschaft machen."

Im Vorfeld der IMK wurden in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai wurden in Frankfurt zwei Personen festgenommen, die angeblich beim Sprühen einer Parole gegen die Innenministerkonferenz beobachtet worden waren. Einer der beiden wurde vor seiner Festnahme gezielt von der Polizei angefahren und anschließend brutal von einem Beamten mehrfach mit dem Kopf auf den Boden geschlagen. Folge waren eine zerstörte Brille, Verletzungen im Gesicht und eine blutende Wunde an der Hand, die über mehrere Stunden nicht versorgt wurde.

Die andere Person wurde einige Zeit später festgenommen und in Handschellen in ihre Wohnung begleitet, zu der sich die Beamten Zutritt verschafften. Mit einem kurzen Anruf bei der Staatsanwaltschaft erhielten die circa zehn anwesenden Beamten die Befugnis, nicht nur die Zimmer der Betroffenen, sondern die komplette Wohnung zu durchsuchen. Dass auch Zimmer unbeteiligter MitbewohnerInnen durchwühlt wurden, macht deutlich, wie unverhältnismäßig und letztlich illegal der Polizei-Einsatz war. Als Begründung für die Durchsuchung der gesamten Wohnung genügten Polizei und Staatsanwaltschaft neben dem unterstellten Graffiti einige politische Plakate im Flur.

Am folgenden Tag beteiligten sich daraufhin rund 200 Menschen der Demo gegen die Repression.

Nach http://imkaufloesen.blogsport.de zusammengefasst und gekürzt

DOKU: „Von Wohnungsnot kann nicht die Rede sein“ - und die Erde ist eine Scheibe

Wer am 31.März die Zeitung aufschlug, dachte an einen verfrühten Aprilscherz. Die neue Hamburger Stadtentwicklungssenatorin Blankau verkündete auf ihrer ersten großen Pressekonferenz, dass es in Hamburg gar keine Wohnungsnot gäbe und diejenigen, die flexibel sind und sich in ganz Hamburg umschauen, immer noch ordentliche Wohnungen zu tragbaren Preisen fänden. Der umgehend einsetzende Entrüstungssturm von Sozialverbänden, Mietervereinen und Obdachlosenorganisationen konnte die Senatorin nicht von ihrer Position abbringen.

Was heißt das schon, wenn

- fast jeder zweite Haushalt in Hamburg Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, es aber nur noch 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen gibt, von denen sich viele in den Hochhaussiedlungen am Stadtrand befinden. Mitte der 1970er waren es mal 400.000 Sozialwohnungen in Hamburg. Prognostiziert wird, dass in den nächsten 10 Jahren weitere 40.000 wegfallen. In St.Pauli werden bis 2020 ein Drittel der Sozialwohnungen aus der Sozialbindung herausfallen.
- die durchschnittliche Kaltmiete 10-11 Euro pro Quadratmeter beträgt und viele 40-50% ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. (In den Mieterinnen- und Häuserkämpfen der 1970er lautete eine Forderung: 10% des Einkommens für die Miete)
- 1,2 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer stehen
- z.B. im Schanzenviertel die Mietpreise seit 2005 um ein Drittel angestiegen sind (Preise für Eigentumswohnungen steigerten sich dort im letzten Jahr um 40%), in Wilhelmsburg sich die Mietpreise im gleichen Zeitraum um 25% erhöht haben.
- alle, aber auch alle Bekannten, Kolleg_innen und Freund_innen traurige Lieder von mitunter jahrelangen Odysseen auf der Suche nach akzeptablen Wohnungen, Besichtigungsterminen mit 100 Leuten, wahnsinnige Abstandsforderungen, Maklerprovisionen ... singen können.

Diese Situation macht wütend und die Stellungnahmen von Blankau verhöhnen die Notlage der Wohnungssuchenden. Dass sich die Senatorin in einer Homestory fürs Abendblatt nun auch noch als Leidtragende der Mietpreissteigerungen in Winterhude in den 1980ern präsentiert, die zu einem Umzug in ein Reihenhaus in Alsterdorf führten, ist geschmacklos. In den Zukunftszenarios der Wohnungseigentümerverbände und der Stadtentwicklungsbehörde wird vorallem die Zielgruppe des Mittelstandes ins Auge gefasst. Eine Förderung soll dieser Klientel, die sich Mieten von 11-13 Euro pro Quadratmeter nicht leisten können, ein "innerstädtisches Wohnen ermöglichen", Menschen ohne oder mit schmalem Geldbeutel spielen so gut wie keine Rolle mehr für die "Mischung" der innerstädtischen Quartiere.

Wir stimmen den Autor_innen des Mitmachkonzeptes "Zusammen kämpfen gegen Vertreibung und Gentrifizierung" zu: We're not gonna take it ... anymore!

Darum haben wir Steine und Farbe auf das Haus und das Auto von Senatorin Blankau im Wilhelm Bock Weg 25 geworfen. Vor der Villa der Grundstücksverwaltung Landschulze in Marienthal sind zwei Fahrzeug des Familienclans angezündet worden. Landschulze und seiner Familie gehören über 20 Häuser im Schanzenviertel und Umgebung. Viele Wohnungen stehen leer und verkommen. Ihm gehört das Eckhaus Schulterblatt/Juliusstrasse, welches letztes Jahr besetzt und geräumt wurde. Nach Schätzungen von Mieter_innenorganisationen befinden sich mehrere hundert Wohnungen im Besitz der Grundstücksverwaltung Landschulze. Eine wirkliche Verbesserung für Wohnungssuchende wird erst dann eintreten, wenn die Wohnungsfrage grundlegend und radikal angegangen wird, d.h. Enteignung der Wohnungs- und Hauseigentümer_innen und Vergesellschaftung des Wohnraumes. Der von allen Parteien geforderte Bau von 6000 Wohnungen im Jahr wäre lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein - alle Expert_innen gehen sowieso davon aus, dass diese Forderung nicht umgesetzt wird. D.h. die Lage wird sich zuspitzen und eventuell eskalieren.

Organisieren wir uns gegen Verdrängung und Vertreibung!
Für den Erhalt des Bauwagenplatzes Zomia!
IBA angreifen! Rote Flora verteidigen!

Hamburg, 2.5.2011





DOKU: Bei (fast) jeder Schweinerei ist Gerkan, Marg und Partner (GMP) mit dabei

Als Aftershowevent zu der flotten Demo zum Erhalt der Roten Flora und gegen kapitalistische Stadtentwicklung am 30.04.2011 haben wir abends das Büro von GMP in der Elbchaussee mit Steinen und Farbflaschen beworfen. Dadurch wurden einige Scheiben zerstört und die Fassade eingefärbt.
GMP ist mit 600 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen das größte Architekturbüro Deutschlands. Es gehört zu den sechs Dutzend Unternehmen der Branche, die weltweit das Gesicht der Metropolstädte mit meist monströsen Neubauten prägen. GMP plante und plant u.a. in Berlin den Hauptbahnhof und den Flughafen Tegel, in Südafrika und Brasilien mehrere der Stadionbauten für die Fußballweltmeisterschaft (was zur Vertreibung von Bewohnern und Bewohnerinnen an den Standorten führte. In China und Vietnam arbeitet GMP ebenfalls an der Realisierung von Stadien, in China entsteht gar eine ganz neue Stadt am Reißbrett.
Für Hamburg nimmt GMP den Neubau des Rüstungskonzern SAP an der Tesdorpfstrasse in angriff und hat die Verlegung ihrer Academy of Architekturelite, in die ehemalige Seefahrtsschule an der Rainvilleterrasse in die Wege geleitet. Hier soll ein Restaurant des Starkochs Ali Güngörmüs integriert werden. Nebenan will ex-Stegchef Jorzick Eigentumswohnungen mit Elbblick bauen.
Wir werden die Projekte kapitalistischer Stadtplanung nicht widerstandslos hinnehmen, sondern uns zuständige Architekturbüros, Baustellen und Behörden vorknöpfen.

We're not gonna take it anymore,
lets's fight the landlords, their architects, …
Rote Flora bleibt!!!

DOKU: Kein Friede für Frieda

Am 12.06.11 um 1.30 haben wir den Eigentumsklotz "Frieda Schanze" an der Schanzenstraße Ecke Altonaer Straße mit Hämmern und Steinen und Farbe angegriffen.

Damit beteiligen wir uns an dem Mitmachkonzept: "We´re not gonna take it ... anymore". (zeck 161, Seite 10)

Durch Aktionen gegen z.B. Loft und Eigentumsbauten kann der Preis für die Aufwertung von Vierteln und die Vertreibung von einkommensschwachen Menschen in die Höhe getrieben werden.

Farbe, Glasbruch, Buttersäure ... unsere Fantasie ist gefragt. Denkt euch selber etwas aus, trefft Verabredungen mit euren Freund_innen und bringt die herrschenden Verhältnisse zum Tanzen.
Am Neubau "Frieda Schanze" haben wir ca. 20 Scheiben eingehauen und zur Absicherung unseres Weges zwei Autoreifen auf der Straße angezündet.

Solidarische Grüße an den Schanzenbuchladen, der mit der Begründung des Artikels "We´re not gonna take it ... anymore" in der zeck vom LKA durchsucht wurde.

Zusammen Kämpfen gegen Repression, Verdrängung und Gentrifizierung.

Eure nachtaktiven Stadtteilaktivist_innen

DOKU: Farbe auf Polizeiinspektion - Buchholz 26. Mai 2011

"In der Nacht auf den 26. Mai 2011 haben wir in Buchholz in der Nordheide die Polizeidirektion mit dem Spruch "Repression abschaffen" und dem Bild eines Huhnes versehen. Diese Aktion richtet sich gegen allgegenwärtige Repression durch den Staat. Zum Beispiel werden Menschen in Gefängnisse gesteckt, die sich nicht gemäß den herrschenden Regeln verhalten, öffentlicher Raum wird überwacht, wer nicht einem konstruierten Volk zugerechnet wird, muss die eigene Abschiebung befürchten, wer Leistungs- und Konkurrenzzwang in Schule oder Lohnarbeit nicht im geforderten Maße erfüllt, wird sozial ausgegrenzt. Diese Beispiele lassen sich endlos fortführen.
Polizist_innen, als staatlich legitimierte Gewalttäter_innen, werden vorrangig eingesetzt, um eine Ordnung zu erhalten, welche Eigentum schützt und andere Privilegien bewahren soll.
Letztes Jahr brannte in Sprötze bei Buchholz eine Mastanlage ab, wodurch eine Industrie direkt angegriffen wurde. die Lebewesen ausbeutet, die Umwelt verschmutzt und den Klimawandel maßgeblich vorrantreibt.
Polizist_innen aus Buchholz versuchten nach dem Brand die "Schuldigen" zu finden. Vorrangig geht es dabei darum, einzelne Aktive zu bestrafen, um widerständige Menschen abzuschrecken und zu vereinzeln und durch sogenannte Erfolge eine Notwendigkeit der Institution Polizei darzustellen. Es kam im Zuge dieser Ermittlungen zu einer Hausdurchsuchung, Zwangs- ED- Behandlungen und zu einer umfangreichen Ausforschung von menschen, die bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen (Massen-) Tierhaltung aufgefallen sind. Aus diesem Grund haben wir die Buchholzer Polizeiinspektion als Angriffsziel gewählt, doch letzendlich ist jede Polizeiwache ein geeigneter Punkt für direkte Aktionen.
Herrschaftsverhältnisse demontieren, widerständig leben!
Aktion Wandundfarbe"

Auf linksunten.indymedia.org gefunden

Recht auf Straße ... in Hamburg - St. Georg

Die Sexarbeiter_innen im Hamburger Stadtteil St. Georg erfahren, trotz der Legalität ihres Berufes, eine Illegalisierung durch die hier bestehende Sperrgebietsverordnung und eine von Politik und Anwohner_innen initiierte Kampagne der Vertreibung und Ausgrenzung. Es muss sich ein breiter Widerstand formieren, der diese Verhältnisse angreift und sich gegen Repression und Kriminalisierung stellt.
Für ein Recht auf Straße - gegen Repression und Kriminalisierung in St.Georg

Im Jahr 2002 wurde das Prostitutionsgesetz in Deutschland verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird Sexarbeit im juristischen Sinne nicht mehr als sittenwidrig gesehen und erhält den Status einer legalen Dienstleistung. Dies beinhaltet neben der Steuerpflicht auch die Möglichkeit, sich unter der Berufsbezeichnung Prostituierte zu versichern, und das Recht, ausstehende Bezahlungen einzuklagen. Faktisch hat das ProstG jedoch weder an der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Prostitution, noch an den realen Arbeitsbedingungen etwas geändert. Aktuelle Entwicklungen im Hamburger Stadtteil St. Georg zeigen dieses in besonderem Maße.

Es muss auf die unhaltbaren Zustände in St. Georg aufmerksam gemacht werden, eine Gegenposition zum hegemonialen Diskurs bezogen und sich aktiv gegen eine Politik der Vertreibung „unliebsamer" Gruppen gestellt werden!

Sperrgebiet – Instrument der Vertreibung und Kriminalisierung

Trotz der bundesweiten Gesetzgebung zur Legalisierung von Prostitution gibt es für die einzelnen Bundesländer die Möglichkeit, in Städten sogenannte „Sperrgebiete" zu errichten. Dies geschieht auf Grundlage der sogenannten „Sperrgebietsverordnung", welche die Ausübung von Prostitution „zum Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes" in festgelegten Gebieten untersagt. Unter anderem wird bei Verstoß ein Bußgeld verlangt.

Aufgrund (partei)politischer Interessen werden so häufig Plätze, an denen sich seit langer Zeit eine Community von Sexarbeiter_innen einen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum geschaffen hat, zu Sperrgebieten erklärt und die Sexarbeiter_innen in Randbezirke gedrängt.

Gefahrengebiet St. Georg

Die Sperrgebietsverordnung ist jedoch nicht das einzige Instrument zur Kriminalisierung ganzer Personengruppen. Ähnliches leistet auch das in St. Georg eingerichtete „Gefahrengebiet". Innerhalb eines solchen Gefahrengebietes darf die Polizei ohne konkreten Verdacht oder drohende Gefahr „Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen".
Die Folgen dieser Kontrollen können von einem Platzverweis oder einem Aufenthaltsverbot bis hin zur Ingewahrsamnahme reichen. Wer diesen massiven Eingriff in die Grundrechte ertragen muss, liegt ganz in der Definitionsmacht der Polizei. St. Georg unterliegt somit einem polizeilichen Ausnahmezustand, der staatlicherseits den Weg für „Aufwertungs-" prozesse im Stadtteil ebnet.

Illegalisierung und Kriminalisierung verschärfen die Situation

Die Gefahrengebietsregelung in St. Georg hat als besondere Zielgruppe „Personen, die (...) vom äußeren Erscheinungsbild und/oder ihrem Verhalten der Drogenszene zugeordnet werden können".
Viele der Sexarbeiter_innen in diesem Viertel sind Drogenkonsument_innen und damit von der Gefahrengebietsregelung in besonderem Maße betroffen. Zusammen mit den Repressionen durch die Sperrgebietsverordnung und den Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes wird die Situation der drogengebrauchenden Sexarbeiter_innen von staatlicher Seite aus erheblich verschärft. Die extrem hohen Schwarzmarktpreise für Drogen (auch als Folge des BtmG) und die gravierende Erhöhung der Bußgelder (von 50 auf 200 Euro) steigern den Druck auf die Sexarbeiter_innen und verunmöglichen so ein selbstbestimmtes Arbeiten, welches auch die Ablehnung von Freiern miteinschließt. Die Betroffenen werden auf diese Weise in ihrer prekären Situation noch verletzlicher gemacht und so steigt auch die Gefahr von gewalttätigen Übergriffen auf die Sexarbeiter_innen.
Eine Vertreibung aus dem Viertel würde die ohnehin schon schwierige Situation der Sexarbeiter_innen noch verschärfen, da die Anbindung an das Hilfesystem der akzeptierenden Drogenarbeit verloren gehen würden. Eine Verlagerung der Straßenprostitution von St. Georg nach Rothenburgsort, wie sie im Gespräch ist, würde für die Sexarbeiter_innen somit den Verlust ihres, zwar kleinen aber bestehenden, sozialen Schutzraumes bedeuten.

An die – sehr viel naheliegenderen Lösungen - der Entkriminalisierung von Sexarbeit und kontrollierten Legalisierung von Drogen, scheinen weder die Polizei, noch die Verantwortlichen in der Politik interessiert zu sein. Dabei würden diese Alternativen zur immer weiteren Verschärfung der Repression den Sexarbeiter_innen wie auch den Anwohner_innen im Stadtteil zugute kommen.

Neben den drogenkonsumierenden Sexarbeiter_innen, befindet sich auch die Gruppe derjenigen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus der Prostitution nachgehen, in einer prekären Situation. Restriktive Migrationsgesetze verursachen Isolation und liefern die Betroffenen an Verhältnisse aus, die von Ausbeutung und Abhängigkeiten geprägt sind. Diese Sexarbeiter_innen sind gezwungen, versteckt zu leben und zu arbeiten, um dem Zugriff der Polizei und somit ihrer Abschiebung oder Haft zu entgehen. Auch hier würde eine Veränderung des Aufenthaltsgesetzes und eine Entkriminalisierung der Betroffenen Abhilfe schaffen.

St. Georg - ein Stadtteil für alle?

Bereits 1980 wurde das Viertel zum Sperrgebiet erklärt und Menschen wegen der Ausübung von Prostitution mit Bußgeldern bestraft. Mitte der neunziger Jahre setzte dann ein stadtteilpolitischer „Aufwertungs-"prozess ein. Diese Gentrifizierung ist Teil einer Stadtentwicklungspolitik, mit der Städte im Sinne von Marktinteressen durchökonomisiert und so zu anschlussfähigen Produktions und Konsumräumen werden sollen. Als Teil dessen steigen die Mietpreise, die Bewohner_innenzusammensetzung ändert sich durch den Zuzug einkommensstarker Bevölkerungsgruppen und damit geht die Verdrängung der Einkommensschwächeren einher.
Menschen, die diesem Interesse vermeintlich entgegenstehen bzw. nicht genügend Beitrag leisten, werden in die Außenbezirke der Städte vertrieben.
Obwohl schon der alleinige Zuzug in Stadtteile diese Prozesse reproduziert, scheuen sich einige Anwohner_innen in St. Georg nicht davor, eine noch schnellere Gangart einzulegen. Teils organisiert in Stadtteilinitiativen, wird nun von Anwohner_innen eine Hetzkampagne gegen die Sexarbeiter_in-

nen angetrieben, um den „Strich" nach Rothenburgsort zu verlagern. Gleichzeitig wird von exekutiver Seite die Sperrgebietsverordnung in St. Georg konsequenter durchgesetzt, was sich unter anderem an der eklatanten Erhöhung der Bußgelder für Sexarbeiter_innen zeigt. Die vehementen Forderungen nach einer „Reinigung" St. Georgs durch sich verantwortlich fühlende Bürger_innen und Gewerbetreibende zeigen so Wirkung.

Hansaplatz - Macchiato statt Marginalisierte

In der bisher sehr einseitig geführten Debatte um Sexarbeit in St. Georg hat sich besonders die Hansaplatz-Initiative durch ihre Hetze hervorgetan. In dieser Initiative haben sich Anwohner_innen zusammengeschlossen, um die Entwicklung des Stadtteils nach ihren Vorstellungen voranzutreiben.
Sie hätten gerne eine „bunte Vielfalt von Kunst und Kultur, Geschäften, Gastronomie und Gewerbe am und um den Hansaplatz" und „menschenwürdige Verhältnisse" für ihre Kinder und Jugendlichen. Aber das Gewerbe, das seit langem kennzeichnend für den Hansaplatz ist, nämlich die Sexarbeit, ist damit natürlich nicht gemeint. Vielmehr geht es um die Forderung nach Vertreibung der Sexarbeiter_innen von den Straßen des Stadtteils. Durch die Kriminalisierung aufgrund der gegenwärtigen Gesetzeslage bedeutet Vertreibung für die Sexarbeiter_innen jedoch auch Inhaftierung und Abschiebung. Dies wird billigend in Kauf genommen.
Dabei haben sich die Mitglieder der Initiative „mit der Kenntnis angesiedelt, dass das Viertel ein historischer Kiez ist und mehr Lebensfacetten anzutreffen sind als in anderen Stadtteilen".
Trotzdem werden Lebensrealitäten, die nicht ihrer eigenen privilegierteren Situation gleichen, als störend und bedrohlich konstruiert. Die „bunte Vielfalt" entpuppt sich so als Deckmantel für Rassismus und das Wohl der Kinder muss herhalten für die verquere und ausgrenzende Weltanschauung der Erwachsenen.

Als weiteres Feindbild hat sich die Initiative die schon erwähnten sozialen Einrichtungen auserkoren, die im Stadtteil akzeptierende Arbeit für die Sexarbeiter_innen leisten. Den Einrichtungen wird vorgeworfen, Menschenhandel hinzunehmen und die Kriminalität im Stadtteil zu fördern. So wird auch gegen diejenigen Stimmung gemacht, welche die marginalisierten Sexarbeiter_innen unterstützen.

Sexarbeit ist kein Menschenhandel

In den Ausführungen der Hansaplatz-Initiative wird die EU-Osterweiterung benutzt, um den angeblichen Anstieg von organisierter Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel im Viertel zu erklären. Neben dem sich hier zeigenden Rassismus und der Darstellung einer subjektiven Wahrnehmung als Tatsache, wird zudem die im Viertel stattfindende Sexarbeit mit Menschhandel gleichgesetzt. Dass Menschenhandel mit sexueller Ausbeutung (fälschlicherweise auch „Zwangsprostitution" genannt) auch in St. Georg vorkommt, ist nicht zu bestreiten und ohne Frage beschissen. Davon auszugehen, dass alle Migrant_innen in der Sexarbeit per se Opfer von Menschhandel sind, ist jedoch genauso diskriminierend wie es beschönigend ist, immer von einer frei gewählten Beschäftigung auszugehen. Sexarbeit ist NICHT mit Menschenhandel gleichzusetzen. Beim Ersten handelt es sich um Lohnarbeit, beim Zweiten schlichtweg um ein Verbrechen an der Menschlichkeit.

Freie Wahl im herrschenden System?

Sexarbeit stellt eine Form der Dienstleistung dar, die Sex - vielmehr sexuelle Dienstleistung – als Ware verkauft. Sexarbeit ist demnach als Arbeit anzuerkennen, die aufgrund unterschiedlichster Motive oder eben auch Zwangslagen - jenseits von Menschenhandel - ergriffen wird. Wer die Frage nach der Freiwilligkeit von Sexarbeit aufwirft, muss sich aber auch der Frage nach einer Freiheit der Wahl bezüglich der Lohnarbeit im kapitalistischen System widmen. Jenseits der vermeintlich „freien Berufswahl" steht Lohnarbeit an sich überhaupt nicht zur Diskussion. Es entsteht ein gesellschaftlicher Zwang, welcher Lebensentwürfe jenseits von Lohnarbeit unmöglich macht.
Entscheiden sich nun Menschen für Sexarbeit als Erwerbstätigkeit - analog zum Zwang zur Lohnarbeit -, wird trotzdem ihre subjektive Handlungsfähigkeit als Lohnarbeiter_innen in Frage gestellt und ihnen als Sexarbeiter_innen per Definition die Rolle des Opfers zugeschrieben. Dies entzieht den Betroffenen die Macht über die eigene Definition und reproduziert das zugeschriebene passive Rollenbild. Die Sexarbeiter_innen sind NICHT per se Opfer, sondern in ihrer spezifischen Arbeitssituation lediglich vulnerabler als andere.

So wie Sexarbeit im Kontext des Kapitalismus zu betrachten ist, müssen in einer Analyse der Sexarbeit ebenso die herrschenden Geschlechterverhältnisse Beachtung finden. In feministischen Debatten hierüber kommt es immer wieder zu Diskussionen, die sich um die Frage der Reproduktion von geschlechtlichen Machtverhältnissen in der Sexarbeit drehen. Dem Konzept der Sexarbeit liegt die Wirkmächtigkeit der Geschlechterverhältnisse zugrunde, in welchen sich in Reproduktion bestimmter Machtstrukturen eine Nachfrage entwickelt. Hier wird sichtbar, dass eine Kritik nicht an Sexarbeit selbst anzusetzen ist, sondern in dem gesellschaftlichen Verhältnis, aus welcher sie ent- und besteht. Die verschiedenen Machtachsen, an denen sich Ungleichheiten bilden und verfestigen, müssen in den Blickpunkt der Kritik gesetzt werden. Die Doppelmoral der Mehrheitsgesellschaft, die einerseits die sexuellen Dienstleistungen nutzt, sie andererseits aber ablehnt und stigmatisiert, kriminalisiert Sexarbeiter_innen und grenzt sie aus der Gesellschaft aus.

Um die Sexarbeiter_innen in ihrer Handlungsfähigkeit gegen Ausbeutung und Abhängigkeit zu unterstützen, muss sich solidarisch auf sie bezogen und gegen die fortwährende Stigmatisierung gekämpft werden.

Recht auf Straße!

Dass auch Sexarbeiter_innen Rechte haben und ebenso zu den Anwohner_innen von St. Georg zählen, interessiert Politiker wie Herrn Markus Schreiber (Bezirksmatsleiter Mitte), die Hansaplatz-Initiative und auch andere Bürger_innen herzlich wenig. Sie möchten den Druck noch erhöht wissen, um das Prostitutionsgebiet endlich zu verlagern.

Wir setzen ein „Recht auf Stadt bedeutet auch ein Recht auf Straße!" dagegen und fordern:
• Sperrgebiete abschaffen!
• Gefahrengebiete aufheben!
• Gesicherter Aufenthaltsstatus für Alle!
• Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von Sexarbeiter_innen!
• Kontrollierte Legalisierung von Drogen und Ausbau der akzeptierenden Drogenarbeit!
• Geschlechterverhältnisse dekonstruieren!

diss_ & purl (zwei Gruppen aus Hamburg)

Info- und Mobilisierungsveranstaltung 07. Juli, 19h, Rote Flora

Kundgebung 09. Juli, 16 - 20h, Hansaplatz



Changing Realities – Kongress für autonome Politik

Vom 17. bis 19. Juni fand im Autonomen Zentrum Köln der Kongress für autonome Politik statt. 300 bis 350 Leute waren erschienen.
Von Freitag bis Sonntag wurde in Kleingruppen und im großen Plenum über die Themenfelder Analyse der momentanen Zustände, autonome Strategien, Militanz sowie Solidarität mit den aktuellen Aufstände im Norden von Afrika diskutiert.

Zum Kongress sind zwei Reader erschienen in denen die Texte der Vorbereitungsgruppe und die zugesendeten Beiträge abgedruckt wurden (die Texte findet ihr auch unter http://autonomepolitik.blogsport.deHYPERLINK "http://autonomepolitik.blogsport.de/" http://autonomepolitik.blogsport.de).

Eine inhaltliche Auswertung gibt es bisher noch nicht. Es bestand jedoch die Einschätzung, dass ein weiterer Kongress für die Vernetzung und weiterführende Diskussionen über Handlungsspielräume der autonomen Sinn macht.



Grenzcamp im Dreiländereck Griechenland-Bulgarien-Türkei

Während auf der griechischen Seite eine Mauer gebaut wird, um Flüchtlinge abzuhalten nach Europa zu kommen, bauen Bulgarien und die Türkei neue Detention-Center in der Grenzregion. Mit der Aufnahme Bulgariens im Schengener Abkommen, werden sich die Migrationsrouten noch weiter nach Bulgarien verschieben - für Flüchtlinge bedeutet dies die gleichen prekären Verhältnisse wie in Griechenland. Und auch die Grenzschutzagentur Frontex ist mit der Operation Poseidon bereits seit Anfang des Jahres vor Ort. Die süd-ost-europäische Grenze gilt als neuralgischer Punkt und wird daher besonders ausgestattet - alleine von der EU gab es zum Grenzausbau bis jetzt ca. 130 Millionen Euro.

Gründe genug, das Dreiländereck mal zu besuchen.
Vom 25. - 29. August 2011 findet auf der bulgarischen Seite des Dreiländerecks Bulgarien-Türkei-Griechenland das diesjährige No-Border-Camp statt. Aktionen wie Demos u.a. sind in Bulgarien aber auch in Griechenland und Türkei geplant. Es werden Gruppen aus verschiedenen Ländern teilnehmen. Auch das „Welcome to Europe"-Netzwerk mobilisiert zum No-Border-Camp-2011 nach Bulgarien.
Der genaue Ort steht noch nicht fest, wird aber in der genannten Region sein.

Mehr Infos findet ihr unter
http://noborderbulgaria.wordpress.com und http://w2eu.info

Anarcho-autonomer Genosse in U-Haft in Berlin



Am Freitag, den 10.06. gab es in Berlin zwei Festnahmen. Einer der beiden Genossen sitzt wohl jetzt absehbar einige Zeit in U-Haft. Vorwurf: Autobrandstiftung. UnterstützerInnen bereiten eine Knast-Demo für Freitag, den 24.06., 17.00 in Moabit vor.

Am Freitag, den 10. Juni, in Berlin-Tiergarten früh in der Nacht, gerieten zwei Männer bei einer Hubschrauberverfolgung in eine Kontrolle durch Zivilbeamte mit Fahrrädern. Die beiden wurden zunächst kontrolliert und dann wegen des Verdachts, Autos angezündet zu haben, in Gewahrsam genommen. Wenig später erließ ein Ermittlungsrichter Haftbefehl gegen Det.
Der andere der beiden wurde wegen mangelnden Tatverdachts sofort wieder entlassen. Dets Haftbefehl wurde unter der Auflage, sich zweimal wöchentlich bei der Polizei zu melden, nur ausgesetzt.

Dets Haftbefehl wurde aufrecht erhalten, weil er zwar nicht mit den brennenden Autos im Tiergarten in Verbindung gebracht werden konnte, allerdings wurden bei einer Hausdurchsuchung angebliche Beweise gefunden, die sich auf eine Brandstiftung am 16. Mai in der Karl-Marx-Allee beziehen. Dabei wurde er angeblich auch von einer Zeugin beobachtet.

Kurz nach Dets Entlassung legte die Staatsanwaltschaft Widerspruch gegen die Freilassung unter Auflagen ein und ein weiterer Haftrichter nahm diese darauf hin zurück. So musste Det wenige Tage später erneut in die Untersuchungshaft.
Die Repressionsbehörden stehen unter Druck. Berlin verzeichnet in diesem Frühjahr eine neue Welle von Autobrandstiftungen. Es trifft in erster Linie Konzern-PKWs und Luxuskarossen. Selbst bei den sog. Kollateralschäden, benachbart parkenden Autos, auf die das Feuer übergreift, scheint es sich in der Regel um hochpreisige Modelle zu handeln. Michael Purper, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, bestätigt dies indirekt, indem er den Abzug von Kräften von der ÖPNV-Streife hin zur Feuerstreife kritisiert: "Das ist eine Verhöhnung der Opfer von Gewalt, die unter diesen brutalen Gewalttaten zu leiden haben. Menschen zu retten und ihre Gesundheit zu schützen muss Vorrang haben vor dem Schutz von Sachwerten, die auch noch versichert sind." (Berliner Zeitung v. 11. Juni)
Offensichtlich sieht die Justiz in Dets Fall die Gelegenheit, ein repressives Exempel zu statuieren. Und sei es auch nur durch exzessive U-Haft.

Es ist bekannt, wie gut eine schöne Knastsoli-Demo tut.
Dazu laden UnterstützerInnen ein am kommenden Freitag, den 24. Juni, um 17 Uhr, U-Bahnhof Turmstraße.

Es ist ebenso bekannt, wie gut viele nette Postkarten tun. Es freut sich:
Detlef Maag
Alt-Moabit 12a
10559 Berlin
Buchnummer: 1593/11

Längere Briefe sind so eine Sache:
Manchmal kommen Sie genau richtig. Manchmal tun sie zwar gut, ist antworten aber zuviel. Daher ist es gut, nicht allzu enttäuscht zu sein, wenn nicht auf jeden ausführlichen Brief eine ausführliche Antwort kommt.

Und zuletzt noch den Hinweis auf das EA-Konto, Betreff "Det":

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Verwendungszweck: Betreff "Det"
Kto. 7403887018
BLZ: 100 900 00
Berliner Volksbank
BIC: BEVODEBB
IBAN: DE12 10090000 7403 8870 18

Atomstaat stilllegen! Castor 2011 – weiträumig – unkontrollierbar – renitent

Im November soll es nach den Plänen der Bundesregierung einen weiteren Castortransport ins Wendland geben. Es wird der letzte Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague sein. In den vergangenen Jahren verlief die Fahrt des Atomzuges nicht störungsfrei: Hakenkrallen und Feuer sabotierten den Zugverkehr, an vielen Bahnhöfen entlang der Strecke versammelten sich zehntausende Menschen zu Blockaden und Kundgebungen oder ketteten sich an die Gleise. Dieser erfolgreiche, internationale Widerstand war möglich, obwohl der Zug regelmäßig von einer ganzen Armada von bewaffneten und gepanzerten Polizist_innen samt technischer Ausrüstung begleitet wird.

Spätestens ab der Grenze ins Wendland benehmen sich die Bullen wie eine Besatzungsarmee. Das Wendland ist jedes Jahr vollgestopft mit Cops und ihren PKW's, -LKW's, Räumpanzern, Wasserwerfern und anderem uniformierten Gerümpel. Den Leuten im Wendland geht das seit Jahren auf den Keks – ständige Kontrollen und Überwachung die schon zwei Monate vor dem eigentlichen Transport offensichtlich zunehmen. Nicht weiter verwunderlich die Parole, die eine Menge Plakate seit Jahren schmückt: „Besatzer_innen raus". Genau daran wollen wir in diesem Jahr anknüpfen. 2010 haben bereits die Bauern und Bäuer_innen durch massive Straßenblockaden im Hinterland sehr erfolgreich den Raum des Widerstandes erweitert. Ein autonomes Konzept, das auch zu früheren Zeiten von einigen praktiziert wurde. Die autonomen Treckergruppen haben es im vergangenen Jahr wieder mal deutlich gemacht: Besatzer_innen sind angreifbar. Sie sind abhängig davon, dass sie mit Essen und Getränken versorgt werden – denn in den Vokūs des Widerstandes bekommen sie nichts. Sie sind angewiesen auf Dixie-Klos an der Strecke – denn wer will schon Besatzer_innen ins Haus und aufs Klo lassen? Und sie sind angewiesen auf Nachschub, wenn sie nach zehn oder mehr Stundenschichten mal eine Pause brauchen. Auch Besatzer_innen werden irgendwann müde vom stundenlangen Rumstehen, Blockierer_innen wegtragen und verprügeln, kurz gesagt: erschöpft davon, den Handlangerjob für die Atomindustrie und ihre staatlichen Unterstützer_innen zu machen.

Die Räume des Widerstandes erweitern

Die Räume des Widerstandes erweitern heißt für uns, diesen Nachschub zu blokkieren und zu sabotieren. Das kann schon im Vorfeld beginnen – denn auch aus Deiner Stadt kommen Bullen ins Wendland. Vor Ort heißt ein solches Konzept – eingebettet in den gesamten Widerstand – selbstorganisiert und unberechenbar zu agieren. Aufhalten lassen sich Wagenkolonnen beispielsweise durch Materialblockaden und ohne Luft in den Reifen fährt es sich auch ganz schlecht. Und verlässt das Essen die Kantine nicht oder wird umverteilt, gibt es keine Versorgung. Die Möglichkeiten sind vielfältig, die Räume des Widerstandes groß. Militanz ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine Widerstandsform von vielen – allerdings eine, die besonders hohe Verantwortlichkeit braucht. Das Ziel ist, einen möglichst hohen, gezielten Sachschaden zu schaffen, ohne unbeteiligte zu gefährden, um so Freiräume für viele unterschiedliche Widerstandsformen zu schaffen und damit gemeinsam den Transport so schwierig wie möglich zu machen.

Deshalb rufen Autonome Gruppen in diesem Jahr zu „Sommerurlaub im Wendland" auf. Die Autonome Kampagne „Atomstaat stilllegen! Castor 2011 – weiträumig unkontrollierbar renitent" rät Bezugsgruppen, sich rechzeitig, sorgfältig und bei schönstem Sonnenschein vor Ort kundig zu machen. Egal, ob ihr das erste Mal Widerstand gegen den Castortransport leistet oder bereits seit Jahren mit eurer Bezugsgruppe dabei seid. Wichtig ist, wir wollen unsere beste Seite einbringen: selbstorganisiert, unberechenbar und unversöhnlich. Damit wir in kleinen Gruppen erfolgreich agieren können, gibt es eine Karte, auf der die Infrastruktur verzeichnet ist, die der Staat und ihre Helfer_innen brauchen, um den Castortransport bis ins Atommülllager zu prügeln. Welche Strecke fahren die Nachschubkolonnen? Wie kommt das Essen an die Strecke? Wo sind die Kasernen, in denen sich die Bullen ausruhen? Wo stehen ihre Klos? Machen wir ihnen den Einsatz zur Hölle. (Extra Kasten: An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass Polizist_innen den Einsatz durchaus verweigern oder sich krankschreiben lassen können. Einst hat die Gewerkschaft der Polizei auf diese Möglichkeiten hingewiesen, schon allein wegen der radioaktiven Strahlenbelastung.)
Aber zurück zum Konzept, mit dem wir das Rad nicht neu erfinden, aber wieder ins Rollen bringen. Ausgestattet mit besagter Karte geht's los. Am besten ist, ihr plant noch während der warmen Jahreszeit ein gemeinsames Wochenende. Die Erfahrungen vieler Autonomer und Anarchist_innen der vergangenen Jahre haben gezeigt: Vorbereitung tut Not – und ist auch sinnvoll. Ortkenntnisse sind wichtig und noch besser ist es, Vorbereitungen sind schon getroffen. Ansonsten ist die gemeine autonome Kleingruppe während der Aktionstage immer auf die Ideen anderer angewiesen und die passen vielleicht nicht zu den eigenen Aktionsvorstellungen. Und wenn es keine Angebote gibt, dann stehen eh nur alle stundenlang an der wärmenden Feuertonne rum, debatieren was getan werden könnte und oftmals tut sich dann nicht viel. Also kommt in die Puschen!

Unberechenbar und dezentral zu agieren ist gegenüber dem konzentrierten Bullenaufgebot ein enormer Vorteil. Aber es birgt Risiken. Auch deshalb empfehlen wir allen, schaut euch die Wege, den Rückzug und die Umgebung genau und möglichst im Vorfeld an. Vieles ist möglich, erwischen lassen ist ärgerlich. Wir vertrauen dabei darauf, dass Selbstorganisierung tatsächlich eine unserer Stärken ist. Wir wollen damit das Gesamtkonzept des Widerstandes im Wendland wieder mal mit eigenen autonomen Aktionen erweitern. Dabei geht es uns nicht darum, von der Schiene oder der Straße weg zu mobilisieren. Auch hier sind entschlossene Aktionen gefragt und werden von autonomer Seite her geplant und unterstützt.

Nicht alle Bezugsgruppen werden die Möglichkeit oder die Muße haben, sich bereits im Sommer vorzubereiten, das wissen wir. Deshalb soll das Konzept auch für die Kurzentschlossenen anschlussfähig sein, auch hierbei soll euch die Karte unterstützen. Materialblockaden sind auch spontan möglich. Um sich mit den Spielregeln vertraut zu machen und sich warm zu laufen, gibt es seit Jahren auch die Ralley Monte Göhrde. Ein „wir erkunden die Waldwege an der Schienentransport-Strecke" Hindernis-Parcours, der meist am Freitag der Aktionstage stattfindet. Teilnehmen kann jedermensch, ob mit Trecker oder PKW, per Motorrad oder Fahrrad, zu Pferd oder auch zu Fuss. Hier können wir mit Mut zur Lücke den Bullen schon mal gehörig auf die Nerven gehen …
Mehr Infos: http://www.castor2011.org

Gegen die Stilllegung der Anti-Atom-Bewegung - sofort!

Am Ende einer jahrzehntelangen Debatte stand eine kleine Geste mit großer Symbolkraft.
Nach der erfolgreichen Abstimmung im Bundestag zum Atomausstieg bekam Jürgen Trittin von den Abgeordneten der Grünen einen großen Strauß Sonnenblumen überreicht.
Und der Umweltminister hatte durchaus Grund zu feiern „...: Das endgültige Aus für die Nutzung der Kernenergie ist gesetzlich besiegelt, die Koalition hat eines ihrer zentralen Wahlversprechen eingelöst.“ (Berliner Zeitung vom 15.12.2001)

Nach dem jahrzehntelangen Dauerstreit über die Atomkraft steht Deutschland nun vor einem historischen Konsens: Bund und Länder einigten sich am Freitag grundsätzlich auf einen stufenweisen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022. „In der Grundstimmung habe ich hier viel Übereinstimmung gespürt“ sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).
Auch die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) versicherte: „Ein breiter Konsens ist möglich.‘“(Neue Züricher Zeitung vom 3.6.2011)

Zwischen diesen beiden Zitaten liegen zehn Jahre ungestörter Betrieb von Atomanlagen. Was sie verbindet sind gesetzliche Vereinbarungen, die den Weiterbetrieb von Atomanlagen bis 2022 festlegen sollen. Es verbindet sie aber auch der zugrundeliegende Wunsch, der Konflikt um die Atomanlagen sei nun endlich befriedet und beendet. Doch zunächst zum Atomprogramm der beiden Gesetzestexte. Sowohl der sog.. Atomkonsens von 2001 als auch das Gesetzespaket der Regierung Merkel von 2011 sehen eine durchschnittliche Laufzeit von über dreißig Jahren für die bundesdeutschen AKW vor. Damit liegen sie weit über dem aktuellen Durchschnittsalter aller bisher stillgelegten Reaktoren von 22 Jahren.

Und im Gegensatz zur medialen Darstellung kommt die Stilllegung der sieben ältesten Reaktoren im Jahr 2011 gar nicht so überraschend, denn schon nach dem alten Konsens wären diese Reaktoren zwischen 2009 und 2012 fällig gewesen. Lediglich das AKW Krümmel stand laut rot-grünem Atomkonsens nicht auf der Liste. Nach schweren Störfällen ist die Anlage aber ohnehin schon seit drei Jahren vom Netz, und ihr Weiterbetrieb äußerst fraglich. In der EU fällt Deutschland durch diese politische Großtat in der Rangliste der 16 AKW-betreibenden Länder lediglich von Platz 3 auf Platz 4 hinter Schweden zurück. Und auch die „Abschaltwelle“ Anfang des nächsten Jahrzehnts ist nicht die „Weltgrößte“, denn Großbritannien wird im gleichen Zeitraum nicht nur 9 sondern 14 Reaktoren stilllegen. Geradezu unerträglich ist auch die Ignoranz, die in der Formulierung steckt, Deutschland würde als erstes Industrieland auf die Atomkraft verzichten. De facto betreibt auch das G8-Mitglied Italien keine AKW. EU-weit verzichten vollkommen unspektakulär neben Italien, unter anderen auch Österreich, Dänemark und Irland auf Atomanlagen. Neben dem Weiterbetrieb der AKW haben beide Gesetzestexte gemeinsam, dass sie das Endlagerprojekt Gorleben weiter vorantreiben und auch alle übrigen Atomanlagen unberührt lassen. Da wäre zum Beispiel die Urananreicherungsanlage in Gronau, die ihre Kapazität in den vergangenen 10 Jahren vervierfacht hat und inzwischen auf dem Weltmarkt angereichertes Uran für rund 30 AKW absetzt. Und da wären auch die Brennelementefabrik in Lingen oder die Förderung der Fusionsforschung.

Die Atomtransporte durch den Hamburger Hafen, die vornehmlich der Versorgung und nicht der Entsorgung laufender Anlagen weltweit dienen, werden daher vom aktuellen „Konsens“ gar nicht berührt, und es ist davon auszugehen, dass sie in den nächsten Jahren sogar noch zunehmen werden. Das Atomprogramm läuft also munter weiter, fühlt sich aber nun schon seit über einem Jahrzehnt so an als wäre es schon nicht mehr da. Dass es der Regierung Merkel gelingt, den Medien den alten Atomkonsens und das damit verbundene Atomprogramm ein zweites Mal als politische Großtat zu verkaufen, ist eine beachtliche politische und mediale Leistung mit der wir gerade angesichts des anstehenden Castortransports im Herbst 2011 konfrontiert sein werden. Schon jetzt schütteln die Medien angesichts der Aktionen gegen das AKW Brokdorf verständnislos mit dem Kopf, und fragen sich öffentlich wofür es noch eine Anti-AKW-Bewegung braucht. Beachtlich am merkelschen Konsens ist also nicht „das Ende der Atomkraft in Deutschland“ sondern die Tatsache, dass es ihr gelungen ist die CDU soweit in die Mitte der Gesellschaft zu führen, dass für sie nun auch das rot-grüne Atomprogramm vorstellbar ist. Für wie lange sich die Geister der Atomindustrie in der CDU verbannen lassen ist eine spannende Frage, für deren Beantwortung die Atomkraftlobby noch weitere 10 Jahre Zeit hat. Eine Lehre der Anti-Atom-Bewegung aus dem letzten sog.

Atomkonsens war: An ist an und aus ist aus. Und so lange nicht alle Atomanlagen stillgelegt sind, heißt es gegen sie anzugehen.

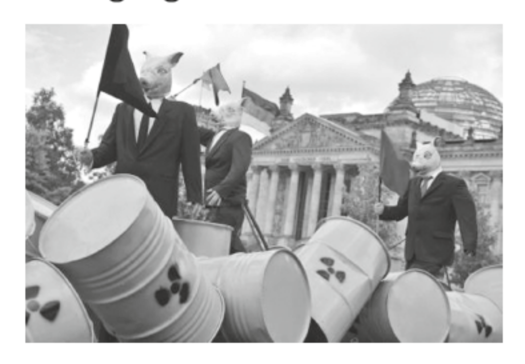
Normalbetrieb

Auch nach mehr als drei Monaten sind die Atomanlagen von Fukushima nicht unter Kontrolle. Täglich werden große Mengen an radioaktiven Substanzen freigesetzt. Zum aktuellen Stand muss mensch daher tagesaktuell in die Medien schauen.

01.05. Im nordostspanischen Atomkraftwerk Ascó I sind am Donnerstag 25.000 Liter radioaktives Wasser aus dem Kühlkreislauf ausgetreten. Im Reaktorgebäude stand die Flüssigkeit knöcheltief, 14 Arbeiter musstendekontaminiert werden. Alles, was öffentlich zum Zwischenfall bekannt gegeben wurde war, dass sich angeblich ein Ventil auf unerwünschte Weisegeöffnet habe.

20.06.
In den USA kämpfen Rettungskräfte gegen die Wassermassen des Missouri, die das AKW Fort Calhoun im US-Bundesstaat Nebraska, direkt am Missouri River an der Grenze zu Iowa bereits eingeschlossen hat. Mit Sandsäcken wird versucht, das Eindringen von Wasser weiter zu verhindern. Tatsächlich meldete der Betreiber am 7. Juni, einige Tage nach Einsetzen der Flut, Rauchentwicklung in einem Schaltraum, was zu einem Ausfall der Kühlwasserpumpen des Brennelementelagerbeckens führte. Die dadurch ausgelöste Erwärmung des Beckens konnte nach 90 Minuten durch den Einsatz einer Ersatzpumpe gestoppt werden. Das Gebäude musste für vier Stunden evakuiert werden.
Der Vorfall ist am 19.06. auf INES 4 eingestuft worden.
Quelle: www.contratom.de

Bewegung



08.06 Im Hamburger Hafen wurde am **08.06.**11 morgens auf der Elbe von rund 40 Anti-Atom-AktivistInnen mit einer Barkasseneskorte, darunter das Aktionsschiff Gothmund, gegen den stattfindenden Atomtransport mit dem russischen Frachter Kholmogory protestiert und die sofortige Entwidmung des Hamburger Hafens für Atomtransporte gefordert.

03.07. 13 bis ca. 15 Uhr Gronau Demonstration gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau.
Weitere Infos: www.aku-gronau.de

07.08 bis 14.08. 2011
Klima und Energiecamp
CO2-"Endlager" verhindern, Klimagerechtigkeit und Energiesouveränität erkämpfen!
Weitere Infos: www.lausitzcamp.info

13.08. Ein breites bundesweites Bündnis ruft zu einer Abschaltblockade am jüngsten bundesdeutschen AKW, Neckarwestheim 2 auf. Die Blockaden sollen vom 13. bis zum 18.August andauern, ein Camp wird ab dem 10.08. aufgebaut.
Infos über:
www.abschaltblockade-neckarwestheim.de

anti-atom Widerstand in Belarus

Am 25.April fand eine größere Anti-Atom Demonstration zum 25.Jahrestag der Tschernobyl Katastrophe statt, hierzu hatten wir einen Flyer mit Teilen eines Interviews zur Situation in Belarus verteilt:"In der ehemaligen Sowjetrepublik Belarus / Weißrussland wird zur Zeit an einem ersten Atomkraftwerk im Nordwesten des Landes gearbeitet. Beschlossen wurde der Bau durch den Despoten Lukaschenko bereits vor einigen Jahren. Seit dem März 2011, wenige Tage nach Fukushima feierlich verabschiedet, steht auch der offizielle Beschluss zur Finanzierung des auf Export ausgelegten Dinosaurierprojektes, maßgeblich durch die Russische Regierung realisiert. (vgl. http://www.russland.ru/mainmore.php?tpl=Tschernobyl&iditem=79)

Von der Tschernobyl Katastrophe vor 25 Jahren war das Land am stärksten betroffen, die zahlreichen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden für die Menschen der Region nahe der Ukrainischen Grenze werden noch Generationen begleiten. Der öffentliche Widerstand ist dennoch gering, obwohl kaum jemand den Lügen der Herrschenden glaubt. Doch Organisierung ist in Belarus eine gefährliche Angelegenheit, wie die vielen politischen Gefangenen und die Morde an Journalist*innen zeigen(vgl. http://www.amnesty.de/laenderbericht/belarus).
Zwei Links zu belarussischen Anti-Atom Initiativen: http://belarusantiatom.info/ und http://mirnyatom.net/
Im Zuge einer Infotour belarussischer anarchistischer Aktivist*innen zu den jüngsten Repressionen im Zusammenhang mit den Wahlen im Dezember 2010 haben wir im März 2011 ein Interview geführt, in dem auch der Neubau des AKW Thema war. Im Folgenden nun ein Ausschnitt aus dem Interview mit A und B:
I: Ok, unsere nächste Frage richtet sich auf ein besonders aktuelles Thema, nämlich der Plan Lukaschenkos, ein erstes Atomkraftwerk im von der Tschernobyl Katastrophe so stark geprägten Land zu bauen. Unsere Frage ist, inwieweit eine Art von sozialer Bewegung gegen dieses Atomkraftwerk existiert, vor allem vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan und der Geschichte mit Tschernobyl, was sagt ihr hierzu?
A: Es ist schon schwierig, darüber zu reden, da wir seit der Katastrophe in Japan nicht mehr im Land waren, daher können wir nicht genau sagen, wie es gerade jetzt ist, aber die gesamte Propaganda-Maschinerie des Landes arbeitet intensiv daran, Menschen glauben zu machen, dass das Atomkraftwerk in Belarus das sicherste und beste der Welt sein wird, bla bla bla. Die Menschen nehmen dies durchaus auch für bare Münze und denken, vielleicht ist es tatsächlich so und auch die Menschen in der Regierung glauben ernsthaft es sei eine gute Idee, um beispielsweise auch ökonomisch unabhängiger zu sein. Tatsächlich ist es ziemlich still um diese Frage in der Gesellschaft, es gibt nur eine sehr kleine Bewegung gegen den Bau des Atomkraftwerks.
B: Ich denke, dass das Thema Tschernobyl und Umweltpolitik generell in Belarus mit den Jahren an Einfluss verloren haben. Es ist viele Jahre her, die Menschen trauern zwar



immer noch um die Opfer, aber sie bringen es nicht in Zusammenhang mit dem neuen Kraftwerk. Ich denke die Menschen sehen das Problem nicht, sie denken, das neue Kraftwerk wird gut und sicher.
I: Wie kann denn die internationale Solidarität mit anarchistischen Gruppen in Belarus aussehen. Soweit wir informiert sind, beginnt der Bau doch bald, oder?
B: Im September.
I: Ok, im September, und wie denkt ihr, was kann getan werden, um diesen Konflikt und einen generellen gesellschaftlichen Wandel zu unterstützen?
B: Die Situation ist schwierig, das Problem groß und wir wissen nicht genau, was wirklich machbar ist. Bis zum Bau ist nicht mehr viel Zeit, wir versuchen aber trotzdem, Öffentlichkeit zu schaffen. Es gibt natürlich die Möglichkeit den Bau zu behindern oder anzugreifen, dann ist aber mit heftigen Repressionen zu rechnen und viele haben Angst, überhaupt aktiv zu werden.
A: Alle umliegenden Länder außer Russland, das es mit finanziert und baut, haben das Vorhaben für gefährlich erklärt und sa-

gen, sie sind gegen dieses Kraftwerk. Doch Lukaschenko sagt, es wird gebaut. Dies ist eben eine weitere verrückte Idee in seinem Kopf. Es ist wichtig international Druck auszuüben, nicht nur von Regierungen, sondern von der Gesamtgesellschaft, beispielsweise in Polen oder Deutschland oder wo immer ihr euch befindet. Auch auf die internationale Atombehörde kann Druck ausgeübt werden, da sie die Idee der Atomkraft in allen möglichen Ländern verbreiten. Sie sagen, es sei eine gute Idee, solche ein Kraftwerk in Belarus zu haben und so weiter. Und es ist auch wichtig, Informationen über das was passiert, möglichst weit zu verbreiten.



B: Vielleicht versuchen wir den Menschen auch klar zu machen, dass wir bereits genügen Schulden in Belarus haben und diese durch das Kraftwerk noch steigen werden. Das wird sicher interessant sein, zu hören, denn bezahlen werden wir.

I: Eine Frage zu den Krediten. Sind sie aus anderen Ländern und aus welchen genau?

A: So weit ich weiß sind es etwa 9 Millionen Dollar aus der Russischen Föderation, es geht also um eine ganze Menge Geld für das Land.

B: Einige Menschen wollen nichts gegen das Kraftwerk tun, da sie hoffen, einen Job zu bekommen.

A: Wir hatten Diskussionen mit lokalen Anwohner*innen, die hoffen neue Jobs zu bekommen. Hauptsächlich werden diese aber an russische Expert*innen gehen, die hierfür eine spezielle Ausbildung haben.

B: Nur etwa 30% der Jobs werden an Arbeiter*innen aus der Region vergeben.

I: Vielleicht ist es noch interessant zu erfahren, dass gerade Ende 2010 Wahlen waren, in denen Lukaschenko wieder einmal gewonnen hat. Es gab einigen Protest und unsere Frage ist, wie sich die Gesellschaft danach entwickelt hat, was denkt ihr, was einfache Menschen im Land über die Situation und den Staat und die Zukunft denken?

B: Ich denke, dass vermutlich fast alle in Belarus wissen, dass es keine Wahl gab aber sie wollen nichts tun, sie sitzen nur da, weil sie Angst vor den Konsequenzen haben. Das ist denke ich einer der Gründe, weshalb die Menschen nicht protestieren.

A: Also ich sehe schon eine Radikalisierung der Gesellschaft, die Menschen sind müde von all dem Mist rund um Lukaschenko. Die Menschen reden über Protest und einige sagen auch, es könnte eine Art ägyptischer Revolution in Belarus geben und das kommt nicht von Anarchist*innen oder anderen Aktivist*innen, sondern von einfachen Menschen. Und das passiert auch vor dem Hintergrund, dass alles teurer wird, die Wohnungen, das Essen und das Durchschnittseinkommen stagniert und die Regierung macht offensichtlich falsche Versprechungen. Nach den Wahlen gab es mehr Bewegung, die aber inzwischen wieder abgeflaut ist.

I: Vielleicht noch abschließend zur Antirepressionsarbeit, wie kann internationale Solidarität aussehen, was kann getan werden?

A: Am wichtigsten ist es, Informationen zu verbreiten, aber es ist auch möglich nach Belarus zu kommen und die Menschen hier kennenzulernen, denn viele der aktiven Leute hier fühlen sich isoliert und es ist toll, andere Anarchist*innen oder soziale Aktivist*innen kennenzulernen.

B: Ich denke, viele Menschen wissen so gut wie nichts über Belarus und es ist gut Menschen über die Lage aufzuklären und darüber zu schreiben.

I: Danke für das Interview.

Das Interview wird noch einmal vollständig in der „entfesselt", dem Zeitungsprojekt von Anarchist Black Cross Orkan und Berlin veröffentlicht werden (http://www.abc-berlin.net/entfesselt).

Material + Neuigkeiten zu Anarchismus in Osteuropa: www.a3yo.noblogs.org


kraken
draait
door!!
2-5 juli
doordraaidagen
amsterdam
BREEKT
WET !!
workshops
info
actie
party
@ Schijnheilig
demo > 3 juli 17.00 dam
wie ontruiming zaait
zal verzet oogsten
meer info
www.krakendraaitdoor.wordpress.com
doordraaidagen@riseup.net
www.schijnheilig.org